



Protokoll des Einwohnerrats

XIII. Legislaturperiode 2020–2024

31. Sitzung vom 13. Mai 2024

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.10 Uhr

Leitung: Roman Oberli (Präsident)

Anwesend: 33 Mitglieder

Entschuldigt: Simone Abt, Karl J. Heim, Sven Inäbnit, Jonathan Noack, Stephan Siegel, Brigitte Strondl, Konrad Widmer

Peter Frauchiger anwesend ab 19.55 Uhr

Thomas Häfele und Charlotte Marti anwesend ab 20.10 Uhr

Präsident:

Roman Oberli

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung

Einwohnerratspräsident Roman Oberli, SVP heisst die Anwesenden herzlich willkommen zur heutigen Sitzung des Einwohnerrats. Er begrüsst speziell die anwesenden Gäste, ebenso wie die Vertreter der Medien. Der Präsident weist darauf hin, dass wie immer das Gemeinde TV Filmaufnahmen machen wird. Weiter begrüsst er die Mitarbeitenden der Verwaltung Linda Gerstner, die das Protokoll erstellt und die Abstimmungsanlage bedient, sowie Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger. Er begrüsst ausserdem die Gemeindepräsidentin, noch ad interim, Caroline Rietschi sowie die Mitglieder des Gemeinderats und natürlich alle Vertreterinnen und Vertreter des Einwohnerrats.

Mitteilungen des Präsidenten

Der Präsident kommt zu den Mitteilungen, wobei er hier nicht viel zu berichten hat. Er hofft, die Anwesenden konnten die Feiertage geniessen. Er findet, es sei auch einmal schön gewesen zu sehen, dass es einen ersten Mai ohne Krawalle geben kann. Zumindest hier in Basel.

Präsenz

Für die Sitzung entschuldigt sind Simone Abt, SP, Jonathan Noack, SP, Brigitte Strondl, SP, Sven Inäbnit, FDP, Stephan Siegel, SVP, Konrad Widmer, SVP und Karl J. Heim, Mitte/GLP. Damit sind es 33 Ratsmitglieder. Das absolute Mehr liegt bei 17 und das Zweidrittelmehr bei 22.

Verspäten werden sich Charlotte Marti, SVP, Thomas Häfele, FDP, und Peter Frauchiger, FDP. Somit sind es aktuell 30 anwesende Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte.

Bevor der Präsident zur Traktandenliste kommt, wird wie üblich eine Probeabstimmung durchgeführt. Alle Geräte funktionieren ordnungsgemäss.

Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

	Gesch. Nr.
1. Bericht / Antrag der Spezialkommission Immobilien-Strategie vom 18.04.2024 Teilrevision Gemeindeordnung und Teilrevision Finanzreglement, Bericht der Spezialkommission Immobilien-Strategie	37/38
2. * Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.02.2024 Postulat B. Strondl, SP: Eine neue Zukunft für das Binninger Ruftaxi Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	122
3. * Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 11.04.2024 Postulat BPK: Fahrradweg im Perimeter Schulcampus Dorf Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	73
4. * Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 09.04.2024 Postulat Th. Häfele, FDP: Sportplätze in Binningen heute und in Zukunft Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger	187
5. Diversa	

Teilrevision Gemeindeordnung und Teilrevision Finanzreglement, Bericht der Spezialkommission Immobilien-Strategie

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

SpezKo-Präsident Christoph Daniel Maier, FDP erläutert, die Spezialkommission (SpezKo) Immobilien-Strategie lege den Anwesenden heute den Bericht zur Revision der Gemeindeordnung und des Finanzreglements vor. Seit dem 1. März 2019 hat die Kommission 66 Sitzungen abgehalten. Das ist ein Rekord und wahrscheinlich ist es auch ein Rekord, wenn man schaut, wie dick die Vorlage damals war, die den Ratsmitgliedern ausgehändigt wurde. Das war noch zu einer Zeit, als der Einwohnerrat noch nicht papierlos unterwegs war und die Einwohnerratsmitglieder alles ausgedruckt erhalten haben. Es war ein ganzer Bundesordner voll mit Unterlagen. Die Vorlage wurde in zwei Teilen abgehandelt. Der erste Teil hat die Kommission den Anwesenden bereits mit dem Bericht über die Immobilien-Strategie abgegeben. Dies wurde zusammen mit den entsprechenden Anträgen verabschiedet. Was heute folgt, ist der zweite Teil dieser grossen Vorlage und das ist die Änderung der Finanzordnung der Gemeinde Binningen. Der Rat hat vom Gemeinderat eine Vorlage zur Änderung der Haushaltsführung erhalten, d.h. einem Übergang von der heutigen Schuldenbremse zu einer Defizitbeschränkung.

Die Kommission hat sich in ihren Sitzungen selbstverständlich nicht nur mit diesem Thema befasst, aber sie hat sich mit dieser Thematik sehr eingehend beschäftigt. Alleine, wenn die Anwesenden den Bericht und die Synopse anschauen, sehen sie, dass es sich um eine sehr komplexe Materie handelt, oft finanztechnisch mit viel Buchhaltungsterminologie und mit Terminologien, mit denen man sich sonst im Alltag als Laien nicht unbedingt beschäftigt. Die SpezKo musste sich daher nicht nur zuerst das nötige Wissen aneignen, sondern sie hat auch von externer Seite Unterstützung angefordert und erhalten. Sie haben sich von einem Mitarbeiter des Lehrstuhls Schaltegger der Universität Luzern beraten lassen, sich mit einem Parlamentarier und Vorsitzenden der Finanzkommission des Kantons Uri unterhalten und sich von einer spezialisierten Beratungsgesellschaft, ResPublica, und dort insbesondere von Frau Yvonne Beutler, einer Finanzexpertin und der ehemaligen Stadträtin der Stadt Winterthur, beraten lassen. Die SpezKo hat die Vorlage mit den zuständigen Gemeinderäten und dem Verwaltungsleiter mehrfach besprochen. In verschiedenen Iterationen wurde versucht, das Thema in den Griff zu bekommen und schlussendlich eine ausgewogene Vorlage miteinander zu erarbeiten. Gerade in einer solch komplexen, technisch schwierigen Materie ist es wichtig, dass man eine Vorlage zusammenbekommt, die mit grosser Mehrheit tragfähig ist. Denn schlussendlich hat eine Änderung der Gemeindeordnung beim Volk nur mit einer grossmehrheitlichen Unterstützung bereits aus dem Einwohnerrat eine Chance. Das war der Kommission von Anfang an klar und sie konnte dieses Ziel, so meint er, schlussendlich erreichen.

Zur Vorlage selbst möchte der Votant nur ein paar Highlights nochmals in Erinnerung rufen. Warum brauchen wir überhaupt einen Übergang von der Schuldenbremse zur dieser neuen Defizitbeschränkung? Der Grund dafür ist, dass die bei uns im Jahr 2008 das letzte Mal angepasste Schuldenbremse nicht mehr funktioniert. Wieso funktioniert sie nicht? Weil im Jahr 2010 der Landrat den Übergang zum HRM2-Buchhaltungssystem beschlossen und dies dann 2014 auch eingeführt hat. Die Zielsetzungen der Schuldenbremse und der Defizitbeschränkung sind aber die gleichen. Bei beiden geht es darum, dass man einen langfristig ausgeglichenen Haushalt erreichen möchte. Warum funktioniert die Schuldenbremse aber nicht? Der Massstab, der im heutigen Artikel 41 Absatz 3 angewendet wird, beträgt für grosse Investitionen 16 Jahre. Dies wird ab dem Zeitpunkt bemessen, nachdem die erste Ausgabe getätigt wurde, die beschlossen wurde für diesen Kredit. Wann genau die Finanzierung aus eigenen Mitteln innerhalb dieses Betrachtungszeitraums erreicht oder noch nicht erreicht wird, ist in der Jahresrech-

nung entsprechend nicht ersichtlich. Denn der Zeitraum und der Massstab sind nirgends aufgeführt und der geforderte Selbstfinanzierungsnachweis stimmt nicht mit der kantonal erfassten Selbstfinanzierungskennzahl überein und verlangt darum eine ausserbuchliche Schattenbuchhaltung.

Wenn man nach § 41 geht, erfordert die gleiche Investition heute unter HRM2 den Beginn von Abschreibungen im ersten Jahr des gleichen Zeitraums, was zu einer Art Zirkelbelastung führt, die auch nicht sachgerecht ist. Die angestrebte Verlangsamung von ungebremsten Ausgaben, die man mit der Schuldenbremse selbstverständlich erreichen wollte, kann heute mit der Schuldenbremse nicht mehr erreicht werden. Ihre Wirkung entfaltet sich immer erst, nachdem bindende Beschlüsse bereits gefasst wurden. Investitionsbeschlüsse, die notabene keine Zweidrittelmehrheit im Einwohnerrat brauchen. Was macht jetzt aber die Defizitbremse besser? Der Betrachtungszeitraum muss sowohl vier Jahre zurück, wie auch vier Jahre im Voraus, in diesem Zeitraum, die Tragbarkeit eines Defizits nachweisen. Die verwendeten Kenngrössen stimmen mit den kantonalen Kennzahlen überein. Wenn sich die Anwesenden daran erinnern und das letzte Budget aufschlagen, dann finden sie darin die kantonalen Kennzahlen zum Finanzplan. Dort gibt es Ampeln. Die Ampeln zeigen bereits heute an, was sich Binningen leisten kann. Das heisst, es ist jeweils auf den ersten Blick ersichtlich, wo die Gemeinde mit ihrem Haushalt steht. Die Erfolgsrechnung und der Fiskalertrag bestimmen, was sich die Gemeinde leisten kann und weniger, was die Bilanz zeigt. Das ist die Modernisierung.

Der Redner ist der Ansicht, die SpezKo lege heute ein ausgewogenes und überwiegend mehrheitsfähiges Geschäft vor, welches in langer Arbeit erarbeitet wurde. Es erfüllt ihn mit einigermaßen grossem Stolz, dass dies gemeinsam in der Kommission in einer sehr sachlichen Art und Weise erarbeitet werden konnte. Daher geht sein grosser Dank in allererster Linie an die Mitglieder der Kommission, an den Gemeinderat und dort insbesondere an die zuständige Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti. Ein grosser Dank gilt auch dem ehemaligen Gemeindepräsidenten Mike Keller, der sich jahrelang vorausschauend mit diesem Thema beschäftigt hat und schlussendlich zusammen mit dem Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger die Defizitbeschränkung angestossen hat. Auch die zukünftige Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi konnte sich aufgrund ihrer hohen fachlichen Kompetenz bereits in mehreren Sitzungen gewinnbringend zu diesem Thema einbringen. Der SpezKo-Präsident ist persönlich hoch erfreut, dass es gelungen ist, diese ausgewogene Lösung zu erarbeiten, die zugleich innovativ und konservativ auf der anderen Seite ist. Er hofft nun, dass man mit grossmehrheitlicher Unterstützung für diese Renovation der überholten Binninger Schuldenbremse eine neue Defizitbeschränkung mit Schuldengrenze auch hier im Rat miteinander verabschieden kann.

Thomas Schwarb, Grüne/EVP führt aus, diese Vorlage sei eine der wichtigsten, die Binningen in den letzten Jahren zu bearbeiten hatte. Gleichzeitig ist es leider auch eine komplizierte. Der Kommissionspräsident hat es klar ausgeführt, daher möchte der Votant nicht zu viel wiederholen. Sein Vorredner hat die Gründe genannt, warum man die heutige Regelung überarbeiten muss. Vielleicht trotzdem noch ergänzend: Was passiert denn? Oder was bedeuten die Regelungen? Es konnte ein feines Netz gestrickt werden, welches verhindert, dass die Defizite, die man steuern möchte, dazu führen, dass es zu einer Überschuldung kommt. Die Idee kann man mit einer Privatperson vergleichen, die ein eigenes Haus erwerben möchte. Sie muss in der Regel auch Schulden machen, weil selten so viel Geld vorhanden ist, um ein Haus vollständig aus den zur Verfügung stehenden Mitteln bezahlen zu können. Wenn man Schulden macht, muss man sich überlegen, was dies für die eigene zukünftige Belastung bedeutet. Es gibt Zinsen zu bezahlen und es muss amortisiert werden. Kann man das über die Zeit finanzieren? Genau das Gleiche wird hier auch eingeführt. Es gibt einen Betrachtungshorizont. Man schaut ein bisschen in die Vergangenheit, blickt in die Zukunft und schaut, ob man dies finanzieren kann. Das heisst, es ist möglich, dass man tatsächlich auch Schulden machen kann, aber v.a. wird es möglich, dass Binningen sein doch sehr grosses Eigenkapital abbauen kann.

Mit diesem Vorschlag werden also die Vorteile, die die Defizitbremse und die Schuldenbremse haben, verbunden. Gleichzeitig versucht man, die Nachteile möglichst klein zu halten. Was sind die Sicherungs-

mechanismen, die die SpezKo vorgesehen hat? Zum einen kann bereits bei Überschüssen Geld quasi zurückgelegt werden. Das lässt HRM2 noch zu. Für Grossinvestitionen und bei sehr positiven Rechnungsabschlüssen können sogenannte Vorfinanzierungen getätigt werden. Ein Defizit darf in einem Jahr maximal drei Prozent der Steuererträge betragen. Die Höhe des Defizits, das man machen darf, ist also eingeschränkt. Wenn die Situation eintritt, dass der Bilanzüberschuss – das ist das Geld, welches von den vergangenen Gewinnen nicht verbraucht wurde – kleiner als 25 Prozent der Steuererträge ist, dann müssen die Summe der Rechnungsabschlüsse in dieser Achtjahresperiode ausgeglichen sein. Das ist ein weiterer Mechanismus. Binningen hat tatsächlich eine etwas kompliziert anmutende Schuldenbremse, indem man sagt, dass der Nettoverschuldungsquotient unter 150 Prozent liegen muss, das ist eine kantonale Vorgabe, und der mittlere Selbstfinanzierungsgrad grösser als 80 Prozent sein muss. Wichtig ist, dass man diese Grössen nicht nur in einem aktuellen Budget einhalten muss, sondern über alle acht Jahre, also die vier letzten und die vier kommenden Jahre. Das ist ein grosser Unterschied zu vorher, wo man etwas beschliessen konnte, ohne dass man in die Zukunft geschaut hat.

Ein bisheriges Instrument wird aufgewertet. Der Investitionsplan wird explizit als Grösse aufgenommen. Der Investitionsplan war schon immer ein Teil des Finanzplans, soll aber jetzt eine höhere Bedeutung erhalten, um Vorhaben, die die Gemeinde hat, sehr frühzeitig im Einwohnerrat zur Diskussion zu bringen. Es ist ein kein vollständig formalisierter Prozess, sondern eher ein Sensibilisierungsprozess. Das heisst, dass der Einwohnerrat je nach dem schon nur auf informelle Art dem Gemeinderat signalisieren kann, was er von gewissen Investitionsplänen hält oder auch über formelle Vorstösse aktiv werden kann, ohne dass das Thema Vorstösse natürlich vorkommt. Aber der Investitionsplan, bei welchem der Einwohnerrat vor ein paar Jahren die Zahl 180 Millionen Franken erhalten hat, muss in einer höheren Qualität kommen im Wissen, dass man natürlich nicht beliebig genau sein kann. Trotzdem wird man die grossen Posten diskussionsfähig machen können. Ebenfalls spannend ist, dass im Rahmen der Investitionsvorlage die Art der geplanten Finanzierung dargelegt werden soll. Hier erhält der Einwohnerrat quasi automatisch eine genauere Information.

Die Aufteilung der heutigen GRPK in eine Rechnungs- und eine Geschäftsprüfungskommission soll ebenfalls helfen, dass die Geschäfte fokussierter und vertiefter bearbeitet werden können. Das ist vielleicht einfach eine Reaktion auf die heutige Situation. Aber die Kommission ist zur Auffassung gekommen, dass es ein Gewinn sein wird, wenn diese Kommissionen separiert werden. Die allerwichtigste Sicherung bleibt am Ende der Einwohnerrat. Wenn jemand Bedenken haben sollte, dass die Gemeinde trotz allen Planungen und Indikatoren mit der neuen Haushaltsteuerung in die Schulden kommen könnte, dann muss man sagen, dass das Parlament nun sehr gute Informationen und Überblicke über die einzelnen Projekte erhält, um auch eingreifen zu können. Zusammenfassend: Das Regelwerk entschärft heutige Probleme und weist rechtzeitig auf Fehlentwicklungen hin. Das frühzeitige Involvierens des Einwohnerrats in die Investitionen ist wahrscheinlich die entscheidendste Steuerung, die besser wirkt als kurzfristige Sparübungen, wie sie in der Vergangenheit angewandt wurden. Daher stimmt die Fraktion der Grünen/EVP der Vorlage uneingeschränkt zu.

Rahel Amacker, Mitte/GLP führt aus, ausreichende Investitionen realisieren zu können, damit Binningen eine attraktive Wohngemeinde bleibt und gleichzeitig sicherzustellen, dass die Binninger Finanzen weiterhin im grünen Bereich sind und wir sparsam damit umgehen, das sei das grosse Ziel dieser Vorlage. Die Mitte/GLP dankt der SpezKo Immobilien-Strategie für den vorliegenden Bericht zur Teilrevision der Gemeindeordnung und des Finanzreglements. Ihre beiden Vorredner haben bereits viele Details zur Vorlage erläutert. Zentral ist, warum man das ganze Manöver mit dem Wechsel von der bisherigen Schuldenbremse zur neuen Defizitbremse machen möchte. Die Defizitbremse ermöglicht das angesparte Eigenkapital für Investitionen mit den geltenden Abschreibungsregeln auszugeben, ohne dabei eine Überschuldung zu verursachen. Damit können die wichtigen, bevorstehenden, teils bereits vom Stimmvolk beschlossenen Investitionen realisiert werden. Die Fraktion befürwortet die von der SpezKo zusätzlich eingebrachten Änderungen wie z.B. die absolute Schuldengrenze. Auch die Aufteilung der GRPK und die geplante Schaffung einer Immobilienkommission unterstützen sie. Es ist wichtig, dass der

Einwohnerrat möglichst früh in den Planungsprozess miteinbezogen wird und die Priorität, Reihenfolge und Grössenordnung von zukünftigen Investitionen mitbestimmen kann. Mit Überzeugung sieht die Mitte/GLP daher im Wechsel der Schuldenbremse zur Defizitbremse ein Fortschritt bei der Steuerung des Haushalts der Gemeinde Binningen und wird folglich allen vier Anträgen zustimmen.

Daniel Setz, FDP bedankt sich namens seiner Fraktion bei der Kommission für den Bericht und die intensive Bearbeitung dieses Geschäfts. Die FDP hat sich eingehend mit dem Geschäft befasst und die Auswirkungen im Detail besprochen. Wie allen bekannt ist, steht die FDP für eine nachhaltige und durchdachte Finanzpolitik der Gemeinde Binningen, die die Attraktivität der Gemeinde durch sinnvolle Investitionen und nachhaltig tiefe Steuern sichert. Es ist ihnen wichtig, dass jeder Steuerfranken sinnvoll und nachhaltig eingesetzt wird. Ihrer Ansicht nach ist es die Verantwortung der Politik, bei jedem Franken, der auszugeben ist, abzuwägen und das Prinzip der Eigenverantwortung und Selbstinitiative der Bewohnerinnen und Bewohner von Binningen zu fördern, bevor der Staat einspringt und jeden Wunsch finanziert. Die heutige Schuldenbremse hat u.a. zu einer nachhaltigen und sehr guten finanziellen Lage der Gemeinde Binningen geführt. Ein grosses Eigenkapital konnte aufgebaut werden, was es der Gemeinde Binningen heute erlaubt, grosse Investitionen zu tätigen ohne dafür die Steuern erhöhen zu müssen. Die Analyse des vorliegenden Geschäfts hat jedoch ergeben, dass die heutige Schuldenbremse, aus der Zeit vor HRM2, den neuen Abschreibungsregeln von HRM2 nicht mehr gerecht wird. Obwohl Binningen ein grosses Eigenkapital hat, können die gewünschten Investitionen gemäss Analyse des Gemeinderats nicht ohne eine Verletzung des Artikels 41 realisiert werden.

Das vorliegende Geschäft nimmt u.a. Rücksicht auf zwei zentrale Anliegen der FDP. Das Erste ist die Generationengerechtigkeit. Mit dem vorliegenden Vorschlag können weiterhin Vorfinanzierungen für Projekte über fünf Millionen Franken getätigt werden. Das bedeutet, dass jeweils ein Teil der Investition von der heutigen Generation finanziert wird, die, die den Investitionsbeschluss fällt, und ein Teil durch die zukünftigen Generationen, die, die von der Investition hauptsächlich profitieren. Das Zweite: Eine Überschuldung ist nicht möglich. Mit einem Limit von maximal 150 Prozent des Nettoverschuldungsquotienten und einem 80prozentigen Selbstfinanzierungsgrad wird sichergestellt, dass keine langsame und stetige Überschuldung der Gemeinde Binningen ohne Obergrenze möglich ist. Bei einer Annahme des Geschäfts durch den Einwohnerrat und die Stimmberechtigten von Binningen wird der Einwohnerrat in Zukunft mehr Verantwortung übernehmen müssen. Gemäss HRM2 werden durch die Bewilligung von Investitionen unweigerlich die Abschreibungskosten im Jahreshaushalt über die nächsten 30 Jahre gebunden. Daher muss der Einwohnerrat in Zukunft die langfristigen Kosten beim Entscheid über Investitionen viel genauer einbeziehen.

Es macht darum auch Sinn, dass eine Immobilienkommission etabliert wird, welche von Anfang an die strategische Ausrichtung zusammen mit dem Gemeinderat definiert und wichtige und unumgängliche Investitionen von Träumereien trennt. Das wird eine stärkere politische Legitimierung der Projekte im ganzen Prozess sicherstellen. Damit in Zukunft eine schlagkräftige Arbeit der Rechnungsprüfung und der Geschäftsprüfung stattfinden kann, macht eine Aufteilung der heutigen GRPK in zwei unabhängige ständige Kommissionen Sinn. Die Fraktion erwartet von allen Lagern im Einwohnerrat in Zukunft mehr Verantwortung bei den Ausgaben. Das, um sicherzustellen, dass die gebundenen Ausgaben kontrolliert und nachhaltig bewirtschaftet werden. Das gilt schon bei der Beratung des nächsten Geschäfts – Thema Ruftaxi – das der Rat im Anschluss besprechen wird. Die FDP wird den Anträgen der Kommission zustimmen und aktiv die Entwicklung der Finanzen gestalten und überwachen.

Hubert Steffen, SVP äussert, die SVP bedanke sich bei der zuständigen Kommission für ihren Einsatz beim vorliegenden Geschäft. Um was geht es bei der Einführung einer Defizitbremse? Es geht um die Abschaffung der Schuldenbremse und somit um eine Vereinfachung, Schulden zu machen. Es geht um die Frage, ob die Gemeinde zuerst anspart und dann ausgibt oder zuerst ausgibt und dann anspart, und um nichts Anderes. Es ist korrekt, dass die bestehende Schuldenbremse in ihrer jetzigen Definition mit der seit einigen Jahren verpflichtenden Abschreibungsdauer nicht vereinbar ist. Eine einfache Änderung

zur Pflicht auf vollständige Vorfinanzierung löst dieses Problem. Schulden machen ist dazu nicht notwendig. Die Fraktion möchte bei der Praxis des Ansparens und dann Ausgebens bleiben. Deshalb schlägt die SVP ein einfaches Schuldenverbot als Ersatz für die jetzige Schuldenbremse vor. Alle Investitionen müssen zum Zeitpunkt der Investitionsentscheidung vollständig mit Eigenkapital vorfinanziert sein. Ein abweichender Investitionsentscheid bedarf zu seiner Genehmigung einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder des Einwohnerrats.

Schulden von heute sind Steuern von morgen. Die Schulden müssen zurückbezahlt werden. Wer sagt, dass er diszipliniert genug ist, in der Zukunft weniger auszugeben, um die Schulden zurückzuzahlen, der kann auch diszipliniert genug sein, das Geld vorher anzusparen und dann auszugeben. Staatliche Körperschaften sind in der Regel verschuldet, auch in Baselland. Baselland gehört zu den pro Kopf höchst verschuldeten Kantonen in der Schweiz. Wir brauchen in der Gemeinde nicht noch mehr Schulden. Binningen ist in der Lage, weiterhin zuerst anzusparen und dann auszugeben. Dazu braucht es moderate Investitionsprojekte und keine überzogenen Luxusbauten. Dazu braucht es Kostensenkungswille und nicht präventiver Unwille. Die Gegner der Schuldenbremse sagen, man könne kommende Investitionen aufgrund der in HRM2 geforderten erfolgswirksamen Abschreibungszeiträume und der bestehenden Schuldenbremse nicht ohne Probleme finanzieren. Das ist korrekt. Die in den Rechnungslegungsstandards vorgeschriebenen Abschreibungsdauern sind länger als die Betrachtungszeiträume für die Selbstfinanzierungsvorgabe der Schuldenbremse. Deshalb muss man zusätzlich Überschüsse zum Erhalt der erforderlichen Selbstfinanzierung erzielen. Das ist ein Aufbau von nicht verfügbarem Kapital. Dies war vor der Einführung der geltenden Rechnungslegungsstandards unproblematisch, weil man Investitionen kurzfristiger hätte abschreiben dürfen. Das muss korrigiert werden.

Deshalb ist ein Schuldenverbot die Lösung, d.h. dass man alle Investitionen vollständig vorfinanziert. Man deckt die Abschreibungen durch angespartes Eigenkapital. Investitionen aus angesparten Eigenmitteln sind unproblematisch. Wenn verfügbares Eigenkapital vorhanden ist und es über die Lebenszeit der Investition einteilt und verbraucht wird, verringert die Abschreibung in Zukunft die Selbstfinanzierung nicht. Ein Problem gibt es nur, wenn man für die Investition kein verfügbares Eigenkapital hat. Die Gegner der Schuldenbremse sagen, man könne keine Überschüsse planen. Doch, es geht. Anstatt budgetierter Defizite hat die Rechnung in den vergangenen Jahren immer positiv abgeschlossen. Die Gegner der Schuldenbremse sagen, man wisse im Vorherein nicht, welche Investitionen notwendig seien und wenn die Investitionen dann kämen, fehle das Kapital. Das ist falsch. Schulhäuser, Werkhöfe und Schwimmbäder sind sehr wohl planbar. Die Gegner der Schuldenbremse sagen, das Volk beschliesse teure Investitionen, daher brauche man einen Mechanismus, damit dies auch bezahlt werden kann. Jeder weiss, wie es läuft. Das Volk kann nur beschliessen, was es vorgelegt erhält. Wenn ein Schulhaus mit drei Optionen präsentiert wird – 55 Mio. Franken, 45 Mio. Franken oder gar nicht –, dann ist klar, dass keine 30 Mio. Franken Variante genehmigt wird. Es ist die Pflicht des Einwohnerrats und des Gemeinderats, Investitionsvorlagen so zu bringen, dass sie die Schuldenbremse einhalten.

Mit der Abschaffung der Schuldenbremse und der Einführung einer Defizitbremse wird Binningen Defizite und Schulden machen und diese vor sich herschieben. Wenn man jetzt schon kein Mass halten kann, warum dann in Zukunft? Der nächste Schritt ist, dass Parameter angepasst werden, um mehr Defizite und Schulden zuzulassen. Schon jetzt plant der Gemeinderat mit Defiziten von mehr als fünf Jahren in Folge. Das verletzt die Vorgaben des Kantons. Die SVP ist die einzige Partei, die für ein Schuldenverbot einsteht. Sie wissen jedoch, dass es auch Mitgliedern anderer Parteien unwohl ist mit unnötiger Schuldenwirtschaft. Die SVP war sehr wohl kompromissbereit. Der Votant erinnert an die sogenannte Elefantenrunde zu Beginn der Übung. Sie wären kompromissbereit gewesen, wenn der Umfang des Gesamtportfolios reduziert worden wäre. Das wollte jedoch niemand ausser ihnen. Die SVP warnt vor einem enormen Schuldenberg, der nie abnehmen und zukünftige Generationen sehr stark einschränken wird. Die Schuldenbremse hat zum Ziel, die Verschuldung zu bremsen und das Eigenkapital zu schützen. Die Kernelemente der Schuldenbremse sind der Ausgleich der Erfolgsrechnung über acht Jahre, komplementiert wird die Schuldenbremse mit Vorgaben zur Selbstfinanzierung. Die finanzielle Aussicht und die

zunehmende Tendenz, weitere Ausgaben und Regulierungen zu beschliessen, lassen befürchten, dass die Finanzlage der Gemeinde in Zukunft aus dem Ruder läuft. Der finanziellen Steuerung muss nach Ansicht des Votanten wieder eine höhere Bedeutung beigemessen werden. Übrigens möchte die Gemeinde Pratteln eine Schuldenbremse einführen. Die Fraktion fordert deshalb, die Defizitbremse abzulehnen und ihrem Antrag für ein Schuldenverbot zuzustimmen.

Richard Bräunlich, SP erklärt, die SP-Fraktion finde den Vorschlag sehr gut. Sie sehen nur Vorteile, wenn man die Schuldenbremse abbaut und zur Defizitbeschränkung wechselt. Die Gemeinde hat ein relativ grosses Vermögen von 125 Mio. Franken. Dieses sollte man nicht einfach nur anhäufen, sondern auch in Investitionen vernünftig verwenden können. Die SP ist überzeugt, dass man mit dieser neuen Defizitbremse die Kosten in Zukunft kontrollieren und die Investitionen so tätigen kann, dass der Investitionsstau abgebaut wird. Die Kommission hatte 66 Sitzungen, an welchen die meisten hier anwesenden Fraktionen teilnehmen, ihre Bedenken einbringen und auch Vorschläge bringen konnten. Der Redner findet es etwas erstaunlich, dass es immer noch welche gibt, die dies nicht annehmen können. Man hatte auch mit den Experten, die in die Spezialkommission gekommen sind, Zeit, Unsicherheiten und Fragen zu besprechen. Vor diesem Hintergrund ist es für seine Fraktion – und sie haben das wirklich genau angeschaut – eigentlich das einzig Richtige, um den Investitionsstau in Binningen abzubauen. Daher stimmt die SP der Defizitbeschränkung zu.

Gemeindepräsidentin a.i. Caroline Rietschi, SP ist es ganz wichtig, der Kommission für die hervorragende Arbeit und den tollen Bericht, den sie geschrieben hat, zu danken. Sie muss dem Kommissionspräsidenten nur in einem einzigen Punkt widersprechen. Das Geschäft hat ihr Vorgänger, Mike Keller, vertreten. Daher ist die Zuständigkeit an die Votantin übergegangen und sie ist es, die zwei, drei Worte an das Parlament richten wird. In Anbetracht der Klarheit der Verhältnisse und den ausführlichen Statements der Fraktionen muss man nicht viel beifügen. Die Gemeindepräsidentin glaubt, mit dem Vorschlag des Gemeinderats und den vorgenommenen Anpassungen der Kommission hat die Gemeinde ein gutes Instrument, um die künftigen Finanzen steuern zu können. Dem Gemeinderat war ganz wichtig, dass man dies kontrolliert macht und nachhaltig mit den Binninger Finanzen umgeht. Es ist dem Gemeinderat wichtig, dass die Gemeinde nicht einfach unkontrolliert Schulden anhäuft. Entgegen der Befürchtung der SVP ist dies nicht das Ziel. Der Gemeinderat kann auch nicht einfach die Parameter anpassen. Dafür bräuchte es nochmals eine Änderung der Gemeindeordnung, bei welcher man wieder das ganze Prozedere durchmachen müsste. Es ist nicht so, dass man hier ins Verderben läuft, sondern man hat gemeinsam, und das findet die Rednerin das Tolle an dieser Vorlage, dass die Kommission einen Ball des Gemeinderats aufgreifen konnte. Jetzt zum Schluss hat man ein gutes Regelwerk, welches hilft, die Binninger Finanzen und die Projekte in Zukunft umsetzen und trotzdem nachhaltig finanzieren zu können. Daher nochmals ein grosses Dankeschön für die tolle Arbeit. Sie freut sich sehr, dass dies heute so zu Ende gebracht werden kann.

DETAILBERATUNG / LESUNG DER SYNOPSE (nur geänderte Paragraphen)

GEMEINDEORDNUNG

§ 5 Behördenorganisation

Keine Wortmeldungen.

§ 6 Volkswahl und Wahlverfahren

Keine Wortmeldungen.

§ 8 Behandlung der Initiative

Keine Wortmeldungen.

§ 10 Obligatorische Abstimmungen (Obligatorisches Referendum)

Keine Wortmeldungen.

§ 11 Fakultative Abstimmungen (Fakultatives Referendum)

Keine Wortmeldungen.

§ 15 Amtszeitbeschränkung

Keine Wortmeldungen.

§ 18 Konstituierung

Keine Wortmeldungen.

§ 20 Wahlen

Keine Wortmeldungen.

§ 21 Planung und Steuerung

Keine Wortmeldungen.

§ 22 Finanzen

Keine Wortmeldungen.

§ 25 Planung und Finanzbeschlüsse

Keine Wortmeldungen.

§ 26a Wahlen

Keine Wortmeldungen.

§ 29 Schulräte (Schulrat der Primarstufe, Sekundar-schulrat und Musikschulrat)

Keine Wortmeldungen.

§ 31 aufgehoben

Keine Wortmeldungen.

§ 33 Konstituierung

Keine Wortmeldungen.

§ 35 Rechnungsprüfungskommission

Keine Wortmeldungen.

§ 36 Geschäftsprüfungskommission

Keine Wortmeldungen.

§ 40 Anstellungsverhältnisse

Keine Wortmeldungen.

§ 41 Haushaltführung und Schuldenbeschränkung

Hubert Steffen, SVP äussert, bei diesem Paragraphen möchte die SVP, dass ihr Antrag verlesen und separat darüber abgestimmt wird.

Präsident Roman Oberli, SVP verliest den Antrag: «Änderung § 41 und 41a:

§41 Grundsätze der Haushaltführung

¹ Der Gemeindehaushalt ist nach den Grundsätzen der Gesetzmässigkeit, der Wirksamkeit, des Haushaltsgleichgewichts, der Wirtschaftlichkeit und der Dringlichkeit der Aufgaben zu führen. Zu berücksichtigen sind auch Sparsamkeit, Verursacherfinanzierung und Abgeltung von Sondervorteilen.

² Die Spezialfinanzierungen ihrerseits müssen mittelfristig ausgeglichen sein.

³ Alle Investitionen müssen zum Zeitpunkt der Investitionsentscheidung vollständig mit Eigenkapital vorfinanziert sein. Ein abweichender Investitionsentscheid bedarf zu seiner Genehmigung einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates.».

ABSTIMMUNG

Bevor der Präsident zur Abstimmung kommt, informiert er, dass inzwischen alle verspäteten Ratsmitglieder eingetroffen sind. Es sind nun 33 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr liegt bei 17, das Zweidrittelmehr bei 22.

Ausmehren

Antrag SVP (JA) vs. Vorschlag SpezKo (NEIN):

Antrag SVP: 5 JA

Antrag SpezKo: 28 JA

keine Enthaltungen (Abstimmung 02, vgl. Anhang)

://: Der Änderungsantrag der SVP wird abgelehnt.

§ 41a Haushaltführung und Defizitbeschränkung

Keine Wortmeldungen.

§ 42 aufgehoben

Keine Wortmeldungen.

§ 43 Aufgaben- und Finanzplan und Berichterstattung

Keine Wortmeldungen.

§ 44 Finanzkompetenzen des Gemeinderates

Keine Wortmeldungen.

§ 44a Sondervorlagen

Keine Wortmeldungen.

§ 48 aufgehoben

Keine Wortmeldungen.

FINANZREGLEMENT

§ 1 Geltungsbereich und Zweck

Keine Wortmeldungen.

§ 2 Planungsinstrumente

Keine Wortmeldungen.

§ 4 Grundsätze des Finanzhaushalts

Keine Wortmeldungen.

§ 5 Ausgaben

Keine Wortmeldungen.

§ 7 Aufbau der Rechnungslegung

Keine Wortmeldungen.

§ 8 Finanzkompetenz des Gemeinderates

Keine Wortmeldungen.

§ 9 Ausgabenzuständigkeit der übrigen Exekutivbehörden

Keine Wortmeldungen.

§ 10 Ausgabenzuständigkeit der Verwaltung

Keine Wortmeldungen.

§ 12 Budget

Keine Wortmeldungen.

§ 13 Inhalt des Globalbudgets

Keine Wortmeldungen.

§ 15 aufgehoben

Keine Wortmeldungen.

§ 16 Budgetverschiebungen

Keine Wortmeldungen.

§ 17 Jahresrechnung

Keine Wortmeldungen.

§ 18 Nachtragskredit

Keine Wortmeldungen.

§ 20 aufgehoben

Keine Wortmeldungen.

§ 23 Spezialfinanzierungen

Keine Wortmeldungen.

§ 24 aufgehoben

Keine Wortmeldungen.

§ 24^{bis} Fremdkapital

Keine Wortmeldungen.

§ 25 aufgehoben

Keine Wortmeldungen.

§ 26 Fondsarten

Keine Wortmeldungen.

§ 27 aufgehoben

Keine Wortmeldungen.

§ 28 aufgehoben

Keine Wortmeldungen.

§ 30a Übergangsbestimmung

Keine Wortmeldungen.

Hubert Steffen, SVP hat noch etwas bei § 17 des Finanzreglements vergessen. Wieso möchte man auf die Einlage in die finanzpolitische Reserve verzichten? Was ist die Begründung dazu?

SpezKo-Präsident Christoph Daniel Maier, FDP wiederholt, die Frage sei, wenn er sie richtig verstanden habe, wieso die Kommission empfiehlt, zukünftig auf die finanzpolitische Reserve zu verzichten. Der Grund ist, dass Einlagen in die finanzpolitische Reserve, die ausserhalb der Parameter wie eine Art separates Kässeli ist, zu einer Verfälschung der Parameter, die man zur Bestimmung der Defizitbeschränkung heranzieht, führen würde. Dies würde schlussendlich zu einer geringeren Aussagekraft der finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde einschliesslich der Aufnahme von Fremdkapital führen.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP ergänzt, dass es auch dem Prinzip von «true and fair view» widersprechen würde.

SpezKo-Präsident Christoph Daniel Maier, FDP führt aus, die Kommission habe dem Rat vier Anträge vorgelegt. Was ihnen untergegangen ist und worauf sie von der Verwaltung aufmerksam gemacht worden sind, ist, dass sie das Inkrafttreten dieser Änderung der Gemeindeordnung bzw. des Finanzreglements überhaupt nicht beantragt haben. Wie die Anwesenden wissen, muss jede Änderung der Gemeindeordnung vors Volk und dort in einer Abstimmung verabschiedet werden. Nachträglich wäre dann die Inkraftsetzung wieder eine Aufgabe, die der Rat in einem separaten Geschäft machen müsste. Die Kommission hat alles Interesse daran, dass diese Änderung der Gemeindeordnung nach der Volksabstimmung möglichst zeitnah erfolgen kann. Daher hat die Verwaltung einen Vorschlag, wie das Inkraftsetzen auf den 1. Januar 2025 bereits heute mit einem bedingten Beschluss beschlossen werden könnte.

Der Vorschlag ist, dass vorbehältlich der Annahme der teilrevidierten Gemeindeordnung durch die Stimmberechtigten die Inkraftsetzung der teilrevidierten Gemeindeordnung per 1. Januar 2025 erfolgt. Das wäre in Bezug auf die Gemeindeordnung und entsprechend dann auch, dass vorbehältlich der Annahme der teilrevidierten Gemeindeordnung durch die Stimmberechtigten die Inkraftsetzung des teilrevidierten Gemeindereglements auf das gleiche Datum, also auf den 1. Januar 2025, Inkrafttreten würde. Es macht Sinn, diesen vorbehaltenen Beschluss bereits heute nach den Anträgen der Kommission einzuführen. Er würde vorschlagen, dass man als neuer Punkt 3 darüber abstimmt und die anderen Anträge nach unten verschiebt.

Thomas Hafner, Mitte/GLP hat eine Frage. Ihm ist klar, dass es eine Volksabstimmung geben muss. Aber wenn die Volksabstimmung erfolgt ist, muss ja zusätzlich auch der Regierungsrat der Reglementsänderung zustimmen. Das ist natürlich formell, aber es sind beide Instanzen, die zustimmen müssen.

Gemeindepräsidentin a.i. Caroline Rietschi, SP antwortet, es sei richtig, dass der Regierungsrat zustimmen müsse. Aber das Reglement wurde natürlich vom Kanton vorgeprüft, nachdem es in der Kommission bereinigt wurde. Das heisst, die Zustimmung des Regierungsrats ist eine reine Formalie und erfahrungsgemäss geht es auch relativ schnell innerhalb von zwei Wochen bis vier bis sechs Wochen. Wenn man den Inkraftsetzungsbeschluss vorbehältlich der Zustimmung der Stimmberechtigten heute schon fällen und die Volksabstimmung für den Herbst ansetzen kann, dann reicht dies zeitlich auch mit der Zustimmung des Regierungsrats. Das ist kein Problem.

ABSTIMMUNG

Genehmigung Gemeindeordnung: 28 JA / 5 NEIN (Abstimmung 03)
Inkraftsetzung teilrevidierte Gemeindeordnung per 01.01.2025: 28 JA / 5 NEIN (Abstimmung 04)
Genehmigung Finanzreglement: 28 JA / 5 NEIN (Abstimmung 05)
Inkraftsetzung teilrevidiertes Finanzreglement per 01.01.2025: 28 JA / 5 NEIN (Abstimmung 06)
Erfahrungsbericht zur Aufteilung der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 07)
Auflösung SpezKo: 32 JA / eine Enthaltung (Abstimmung 08)

BESCHLUSS

- ://: 1. Der Einwohnerrat genehmigt die Teilrevision der Gemeindeordnung in der Fassung der Kommission.
 - ://: 2. Der Einwohnerrat beschliesst – vorbehältlich der Annahme der teilrevidierten Gemeindeordnung durch die Stimmberechtigten – die Inkraftsetzung der teilrevidierten Gemeindeordnung per 1. Januar 2025.
 - ://: 3. Der Einwohnerrat genehmigt die Teilrevision des Finanzreglements mit den vorgeschlagenen Änderungen der Kommission.
 - ://: 4. Der Einwohnerrat beschliesst – vorbehältlich der Annahme der teilrevidierten Gemeindeordnung durch die Stimmberechtigten – die Inkraftsetzung des teilrevidierten Finanzreglements per 1. Januar 2025.
 - ://: 5. Die Erfahrung mit der Aufteilung der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission soll spätestens 4 Jahre nach Inkraftsetzung, vorzugsweise Mitte der Legislatur, durch die Geschäftsprüfungskommission in einem Bericht geprüft und mit einem Antrag dem Einwohnerrat vorgelegt werden.
 - ://: 6. Die Spezialkommission Immobilienstrategie wird aufgelöst.
-

Traktandum 2

Gesch. Nr. 122

Postulat B. Strondl, SP: Eine neue Zukunft für das Binninger Ruftaxi

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Lewin Lempert, SP durfte das Postulat von Brigitte Strondl übernehmen. Er möchte sich an dieser Stelle bei ihr bedanken, dass sie den Vorstoss eingereicht hat. Sie, die schon lange für das Binninger Ruftaxi kämpft und heute aber leider nicht dabei sein kann. Das Binninger Ruftaxi ist ein wichtiges Angebot, das schon lange in der Gemeinde verankert ist, seit 1995. Binningen ist eine urbane Gemeinde, nahe der Stadt Basel. Darum ist es auch in der Nacht wichtig, dass man von A nach B kommt. Wenn sich z.B. jemand im Schauspielhaus Basel ein Theaterstück anschaut und vielleicht nicht mehr ganz so gut zu Fuss ist, dann ist es nur dank des Ruftaxis möglich, dass diese Person kein Auto nimmt, sondern mit dem ÖV anreist. Oder wenn man als junger Mensch in den Ausgang geht und am Kronenplatz das Ruftaxi neh-

men kann, dann ist dies ein Gewinn an Sicherheit. Langfristig können natürlich auch sogenanntes «Ridepooling» oder ein Ortsbus eine Möglichkeit sein. Aber das braucht sicher noch mehr Zeit und wahrscheinlich auch deutlich mehr Ressourcen. Im Gegensatz dazu ist das Ruftaxi bereits vorhanden. Es existiert, es ist wichtig für Binningen und es ist bekannt. Daher macht es Sinn, das Bestehende attraktiver zu machen und die Nutzung zu fördern. Mit dem Postulat bzw. der vorgeschlagenen Änderungen hat die Gemeinde diese Möglichkeit. Am Beispiel von Riehen sieht man, dass z.B. die Einführung der U-Abo-Gültigkeit die Nutzungszahlen deutlich positiv beeinflusst hat.

Der Votant vermutet, die Voten werden wahrscheinlich noch kommen, dass das Ganze zu teuer ist für die Gemeinde. Sein Appell ist daher im vornherein: Bitte die Relationen wahren. Aktuell kostet das Binninger Ruftaxi 51 000 Franken. Wenn man das Angebot moderat ausbaut, kommt man auf Kosten von 85 000 Franken. Also 34 000 Franken mehr als heutzutage. Ein Betrag, den sich Binningen als Gemeinde leisten kann. Die Gemeinde hat einen Gesamtaufwand von 96 Mio. Franken. 34 000 Franken sind gerade einmal 0,04 Prozent davon. Binningen sollte sich die 34 000 Franken Mehraufwand leisten für die eigene Bevölkerung. Denn ein gut funktionierendes Ruftaxi ist nachhaltig, weil mehr Menschen vom Auto auf dem ÖV umsteigen. Es ist ein Service für die ältere Bevölkerung, die vielleicht nicht mehr so gut laufen kann und in der Nacht vielleicht auch nicht mehr Autofahren kann resp. sollte und es ist ein Gewinn für die Sicherheit von jungen Menschen, wenn man nicht mitten in der Nacht durch die halbe Gemeinde nach Hause gehen muss. Es gibt ganz viele gute Gründe für den Ausbau dieses Angebots und er würde sich freuen, wenn dies möglichst viele in diesem Saal auch so sehen würden.

Hubert Steffen, SVP möchte sich vorab im Namen der SVP-Fraktion für den Bericht bei der zuständigen Gemeindepräsidentin bedanken. Bereits im Bericht von Rudolf Keller und Partner aus dem Jahr 2011 wurde darauf hingewiesen, dass aufgrund der fehlenden Mobilitätsbedürfnisse kein grosses Fahrgastpotenzial zu erwarten ist. Auch der Erfahrungsbericht vom 1. März 2022 hat gezeigt, dass bei den Fahrgastzahlen ein Rückgang zu verzeichnen ist. Selbstverständlich darf der Einfluss der Pandemie nicht ausgeblendet werden. Selbst der Gemeinderat hat in seinem Bericht erwähnt, dass die Kosten unverhältnismässig seien. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis fällt extrem ungünstig aus. Die Fahrgastzahlen sind seit Jahren rückläufig. Immer weniger Tram- oder Busfahrgäste wollen sich abends vergünstigt bis vor die Haustüre fahren lassen. In Oberwil und Muttenz wurden die Fahrten mit dem Ruftaxi inzwischen bereits wieder eingestellt. Das Postulat möchte den Betrieb nun ganzjährig ab 20 Uhr aufnehmen. Bisher wurde für die Monate Oktober bis März ein Betrieb ab 20 Uhr angeboten, in den übrigen Monaten ab 22 Uhr. Ein ganzjähriger Betrieb würde Mehrkosten von jährlich rund 34 000 Franken bedeuten. Die SVP ist der Ansicht, dass dies keine Gemeindeaufgabe sein kann. Es wirkt zudem störend, dass mit dem U-Abo, welches bereits stark subventioniert wird, die Heimfahrt kostenlos sein soll. Die Fraktion ist dagegen, dass die vorgeschlagenen Zusatzangebote für den künftigen Ruftaxibetrieb aufgenommen werden. Auch die Ausschreibung mit der Anpassung werden sie ablehnen. Sollte der Einwohnerrat dem Postulat zustimmen, möchte die Fraktion einen ergänzenden Antrag stellen: «Die bisherige Gebührenpraxis (Erwachsene 4 Franken und Jugendliche/Kinder 2 Franken) wird beibehalten. Die Benutzung des Ruftaxis für Besitzer des U-Abos oder eines gültigen Fahrausweises darf nicht kostenlos sein.»

Aline Glaser, Grüne/EVP legt dar, die Sicherstellung des Personenverkehrs sei eine wichtige Versorgungsaufgabe des Staats. Sie soll einerseits die Bedürfnisse der Bevölkerung abdecken und andererseits soll der Verkehr umweltfreundlich sein. Das Ruftaxi kann hier ein wichtiger Baustein im öffentlichen Verkehr bilden. Allerdings scheint den Grünen/EVP die heutige Form des Ruftaxis nur die drittbeste Lösung. Das Ruftaxi in der heutigen und vorgeschlagenen Form erfüllt die Bedürfnisse nur zu eingeschränkten Zeiten und die Gemeinde finanziert bzw. subventioniert einen Taxianbieter. Somit ist dies eine Objektfinanzierung. Eine zweitbeste Lösung wäre in ihren Augen eine Subjektfinanzierung des Ruftaxis. Denkbar wäre dies in Form eines Gutscheineffts, welches man bei der Gemeindeverwaltung beziehen könnte, um so einen Beitrag an eine Taxifahrt zu erhalten, aber mit freier Taxiwahl. Das würde es ermöglichen, dass das Angebot bedürfnisgerechter und flexibler wäre und würde auch die Problematik einer Auftragsausschreibung und Marktbeeinflussung vermindern. Nach Ansicht der Fraktion wäre

natürlich der Ortsbus, wie ihn die SP schon vorgeschlagen hat, die sinnvollste und beste Lösung als Ergänzung zum bestehenden ÖV-Angebot. Damit könnte man von der Bevölkerung regelmässig vorgebrachte Probleme, wie beispielsweise die Verbindung des West- und Ostplateaus und die Erschliessung des Friedhofs, lösen. Heute geht es aber um die Verbesserung des Ruftaxis, welcher die Grünen/EVP zustimmen in der Hoffnung, bald eine bessere Lösung zu finden.

Thomas Hafner, Mitte/GLP bedankt sich namens seiner Fraktion beim Gemeinderat für den vorliegenden Bericht. Er findet die Darstellung des Antrags im Geschäft etwas ungeschickt und bittet den Präsidenten, bei der Abstimmung den Antrag nicht als eine Einheit abstimmen zu lassen, sondern alle drei Abschnitte einzeln. Nun zur Sache. Der Redner nimmt vorweg, dass die Mitte/GLP bei diesem Postulat für diesen weiteren Leistungsausbau gespalten ist. Sie haben Stimmfreigabe beschlossen. Alle in der Fraktion stehen hinter dem wichtigen und beliebten Ruftaxi und schätzen das heutige, bestehende Angebot. Wie gesagt: Sie stehen alle voll hinter dem heutigen Angebot und möchten das Ruftaxi für alle in der Gemeinde aufrechterhalten und weiter betreiben. Aber der vom Gemeinderat telquel übernommene SP-Vorschlag findet der Votant etwas ideenlos und er löst das Problem nicht, dass das Ruftaxi viel zu wenig benutzt wird. Im Durchschnitt sind es ca. 53 Fahrten pro Woche, also 7,5 Fahrten pro Tag, Das ist sehr wenig. Der bisherige, tiefe Unkostenbeitrag für alle Fahrgäste soll bleiben. Es wird nach dem neuen SP-/Gemeinderatsvorschlag nicht viel mehr Ruftaxinutzer geben. Ein Teil der Fraktion verneint einen weiteren Leistungsausbau. Dass der Ruftaxibetrieb sogar gratis sein soll, TNW-Ticket hin oder her, stört. Was gratis ist, ist nichts wert und wird somit zu wenig wertgeschätzt. Nur Schnäppchenjäger zu unterstützen – wer will das?

Viel mehr wäre es wichtig, mehrmals im Jahr das bestehende Ruftaxiangebot zu bewerben und die Bevölkerung zu informieren, z.B. im Binninger Anzeiger, mit einer besseren Infotafel am Kronenplatz, elektronischer APG-Werbung usw. Es gibt immer noch genügend Binninger und Binningerinnen, die das Angebot gar nicht oder zu wenig kennen. Erwachsenen fahren für vier Franken. Das wissen noch viel zu Wenige. Mit einer aktiven Werbung könnten seines Erachtens die heute wenigen Fahrten im Jahr wieder auf die alten Werte vor der Corona-Zeit angehoben werden. Es ist klar, die Jungen mit ihren Elektroscootern wird man nicht zum Ruftaxi zurückholen können. Die Fraktion hätte sich vom Gemeinderat beim Prüfen und Berichten auch einen Vorschlag zu einem Punkt erhofft, der hier im Saal bereits angesprochen wurde. Die Erweiterung des Ruftaxibetriebs an einem oder zwei festdefinierten Nachmittagen in der Woche für zwei bis drei Stunden Betriebszeit fände die Mitte/GLP eine gute Sache. Eine telefonische oder anderweitige Bestellung des Ruftaxis von zu Hause an einen gewünschten Ort in Binningen aber auch retour, z.B. auf den Kinderspielplatz Drissel, das Bruderholz, ins Sonnenbad, zur Kirche, zum Friedhof, ins Altersheim oder auch nur zum Gespräch bei Freunden und vieles mehr. So wird allen Einwohnenden das Ruftaxi nähergebracht, auch denen, die zu Fuss nicht völlig unbeschwert unterwegs sind. Die Fahrten würden zunehmen und in Binningen würde das Ruftaxi wahrscheinlich einen Mehrwert erleben. Die Mitte/GLP gibt dem Gemeinderat diese Idee gerne mit für die kommende Legislatur.

Kevin Lancashire, FDP äussert, wie antizipiert komme er natürlich mit den Kosten. Es gibt 2751 Fahrten, Das ist in etwa die Hälfte von dem, was man vor 10 Jahren hatte. Wenn man diesen Fahrten die Kosten von 51 000 Franken gegenüberstellt exkl. administrativen Kosten, die sicher noch hinzukommen, dann ist es für seine Fraktion nicht vertretbar gegenüber dem Steuerzahler. Es gab eine Businessmodellanalyse im Leimental – diese hat er im Bericht vermisst, den er ansonsten nicht schlecht fand –, die man sich hätte anschauen können. Auf der Webseite von Bottmingen ist sie aufgeschaltet. Diese hat dazu geführt, dass ganz viele Gemeinden das Ruftaxi abgeschafft haben. Zweitens: Wenn man bei der Analyse beginnt, wo man halt etwas wenig Informationen resp. Fleisch am Knochen hat, ist es so, dass Bottmingen erhoben hat, wer das Ruftaxi überhaupt nutzt. Es gibt natürlich alte Leute, die nicht mehr so mobil sind, die auf das Ruftaxi setzen. Aber es sind weitaus weniger als vermutet. Auch die Frauen, die im Schutz des Ruftaxis sicher nach Hause kommen, sind eine ganz kleine Nutzergruppe. Diese beiden Analysen sind vorhanden und er würde sie gerne als Entscheidungsgrundlage von den Leuten studiert wissen, die hier ein Votum abgeben.

Der zweite Punkt sind die Anzahl Fahrten. Die 2700 Fahrten pro Jahr sagen nichts darüber aus, wie viele Einzelpersonen das Angebot genutzt haben. Es könnte also sein, dass man eine Art Stammgäste hat, die das Angebote sehr regelmässig nutzen. Dabei stehen die Subventionen nicht im Verhältnis zu dieser kleinen Nutzergruppe. Es könnten 50, 100 oder 200 Personen sein. Zur Lösungsvariante: Die FDP ist wie bereits erwähnt gegen die Ausweitung des Angebots. Sie sind der Meinung, ein Angebot gratis anzubieten mache es nicht attraktiver. Was die Fraktion aber mit einem Rückweisungsantrag ins Feld führen möchte, und was sie im Bericht vermisst hat, sind Varianten. Eine Variante wäre, dass man das Angebot abschafft. Dann, dass man eine optimierte Variante hätte wie in Bottmingen. Sein Vorschlag wäre, dass man aufgrund der Analyse sagt, von Donnerstag bis Samstag ist die Nutzung des Angebots sehr hoch und dass man es weiterhin kostenpflichtig hält. Der Redner schliesst sich der Meinung an, dass etwas, das nichts kostet, nichts wert ist. Das fände er die falsche Vorbildwirkung für unsere Kinder und auch nicht fair gegenüber den Steuerzahlenden.

Gemeindepräsidentin a.i. Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die Voten. Es war zu erwarten, dass es widersprüchlich aufgenommen wird. Es ist eine Frage der Verhältnismässigkeit. Ist es einem wert, die Mehrkosten von 30 000 Franken zu investieren, um ein verbessertes Angebot zur Verfügung stellen zu können, welches Teil des ÖV-Angebots und Teil eines nachhaltigen ÖV-Angebots ist, oder ist es einem das nicht wert? Der Gemeinderat kam in Abwägung aller Interessen zum Schluss, dass dies verhältnismässig ist. Die Votantin weiss nicht, wo im Bericht steht, dass der Gemeinderat es nicht verhältnismässig findet, sonst hätte er es nämlich nicht beantragt. Das wäre ziemlich widersprüchlich. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass dies die Steigerung des Ruftaxis fördere. Die Zahlen haben übrigens auch markant wieder angezogen seit die Pandemie vorbei ist. Mit diesem Angebot ist sicher eine weitere Steigerung möglich. Es ist so, dass es viele Personen gibt, die nicht Autofahren können oder sollten. Wenn man zu später Stunde vom Theater oder von sonst wo nach Hause kommt und auf den Hügel muss, dann ist man halt nicht immer so gut zu Fuss, dass man noch hochlaufen kann. Wie es gewisse Votanten erwähnt haben, ist es auch für junge Menschen manchmal eher unangenehm, in die eher wenig belebten Villenquartiere zu laufen. Dann ist es angenehm, wenn ein Ruftaxi zur Verfügung steht.

Dass viele Gemeinden das Ruftaxi abgeschafft haben, stimmt zwar, aber sie haben alle einen Ortsbus. Binningen hat keinen Ortsbus, dafür hat die Gemeinde ein Ruftaxi. Man kann nicht beides haben. Dass Bottmingen das Angebot in diesem Sinn ausgeweitet und es gratis gemacht hat, ist etwas, das ebenfalls in die Überlegungen miteingeflossen ist. Es hat sicher eine Rolle gespielt in der Beurteilung der Verhältnismässigkeit dieses Angebots, dass Bottmingen sein Angebot gratis gemacht hat in der Erwartung, dass dies die Nachfrage steigern wird. Was die Grünen angesprochen haben, dass man eine Subjektfinanzierung machen könnte, indem man Gutscheinhefte abgibt, ist grundsätzlich schon möglich. Aber die Erfahrung zeigt einfach, dass man diese Gutscheinhefte auf der Gemeinde kauft und dann für einen Differenzbetrag, der immer noch günstiger ist, weiterverkaufen kann. Das möchte die Gemeinde nicht fördern. Man hat dann auch keinen Einfluss darauf, dass es nachhaltig betriebene Fahrzeuge sind. Es ist dann halt einfach das Taxi, welches gerade kommt. Das spricht sicher gegen eine solche Subjektfinanzierung und dafür, dass man das bestehende Modell beibehält. Fazit: der Gemeinderat ist der Meinung, dass es ein verhältnismässiges Angebot ist, bei welchem mit wenig Aufwand eine Steigerung des nachhaltigen öffentlichen Verkehrs erreichbar ist. Das ist letztlich auch im Interesse von allen, die hier in Binningen wohnen und daher beantragt der Gemeinderat dem Einwohnerrat die Zustimmung zu diesen Anträgen. Dass man die Anträge als Gesamtes behandelt, ist nicht zwingend so gemeint. Man hat einfach keine Nummerierung eingefügt. Es ist aber nicht die Meinung, dass man hier in Globo über alles abstimmt. Das kann man durchaus separat machen.

Hubert Steffen, SVP ergänzt, in Geschäft 167 vom 1. März 2022 stehe explizit resp. der Gemeinderat äussere sich darin explizit, dass die Kosten unverhältnismässig ausfallen würden.

Rahel Amacker, Mitte/GLP möchte etwas zur Aussage sagen, dass etwas, das gratis ist, nichts wert sei. Sie würde der Aussage in diesem Beispiel aus zwei Gründen widersprechen. Nummer 1: Für Personen,

die das Angebot nutzen möchten, ist es nicht gratis. Sie haben ein gültiges ÖV-Billett. Das bezahlen sie. Nummer 2 und das ist der sehr wichtige Punkt: Viele Umfragen etc. zeigen, dass die Meter von der Bus- und Tramstation bis zum eigenen Zuhause die Meter sind, die es ausmachen, dass man das individuelle Auto nutzt und nicht den ÖV. Genau dort muss man ansetzen und deshalb glaubt sie, das Ruftaxi sei etwas sehr Wichtiges. Sie stimmt den Grünen zu. Es gibt andere, wahrscheinlich auch innovativere, Lösungen. Aber solange diese nicht auf dem Tisch liegen – und es ist auch nicht immer Aufgabe des Staats, das können auch private Anbieter sein –, findet sie es sehr wichtig, die letzten Meter zu überbrücken, damit die Leute trotzdem den ÖV benutzen. Noch kurz zur Ausführung betreffend Klimaschutz. Der Klimaschutz ist der Mitte/GLP auch in der Gemeinde ein sehr wichtiges Anliegen und es gibt nicht überall Hebel. Manche Sachen sind beim Kanton oder beim Bund. Aber beim Verkehr hat man einen Hebel. Der Verkehr ist überhaupt nicht on track wie er sein sollte. Mit diesem Angebot kann man aus ihrer Sicht einen kleinen Beitrag leisten. Daher wird sie mit grosser Überzeugung zustimmen.

Daniel Setz, FDP findet es interessant, der Diskussion zu folgen. Irgendwie ist das Vorgelegte keine Lösung, sondern es wurde etwas übernommen, ohne dass dabei weitergedacht wurde. Es überrascht seine Fraktion sehr, dass der Gemeinderat hier nicht prüft und berichtet und vielleicht selbst noch innovativ zwei Millimeter weitergedacht hat. Es wurden sehr gute Ansätze geäussert von Seiten der Grünen, dass es vielleicht kein Ruftaxi braucht, das rumsteht. Es gibt andere Lösungen. Die Jungen brauchen oftmals andere Mittel, bei denen es einige vielleicht nicht immer so toll finden, wenn sie dann in den Strassen rumstehen. Von der Mitte kamen auch Lösungsvorschläge. Der Redner empfiehlt, dass das Geschäft an den Gemeinderat zurückgewiesen wird. Er soll sich hier wirklich Gedanken machen. Es gibt ältere Leute, die wollen nicht von der Stadt nach Hause. Sie möchten vielleicht auf den Friedhof oder sie möchten jemanden besuchen, wie es Thomas Hafner erwähnt hat. Hier hat man keine Lösung, sondern es sind ja nur 34 000 Franken. Da noch einmal 34 000 Franken und dort noch einmal 34 000 Franken. Das ist genau die Verantwortung, die seine Fraktion im vorherigen Geschäft angesprochen hat. Es ist immer nur ein kleiner Betrag. Diese Beträge summieren sich dann aber Ende Jahr. Er würde daher vorschlagen, das Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Idee, dass der Gemeinderat etwas ausarbeitet, dass er wirklich die ganzen Bedürfnisse aufnimmt und dann mit einem Geschäft kommt, das vielleicht etwas mehr Unterstützung im Rat finden wird.

Thomas Häfele, FDP ist etwas schockiert über einige Voten. Ein Mehrservice ohne Nachfrage und Bedürfnis generiert keinen Mehrwert. Dass man sagt, ob 35 000 Franken mehr oder weniger sei auf die Gesamtrechnung gesehen vernachlässigbar, ist seiner Ansicht nach einfach respektlos gegenüber den Bewohnern von Binningen, die Steuern bezahlen. Dass Binningen keinen Ortsbus hat als Ausrede dafür zu benutzen, dass Binningen ein Ruftaxi benötige, findet er einen Hohn. Welche andere Gemeinde hat so viele Tram- und Buslinien, die durch die Gemeinde hindurchführen wie Binningen? Auf die Aussage von Rahel Amacker in Bezug auf das gratis Ruftaxi, dass alle Personen ja bereits für den ÖV bezahlt hätten, entgegnet der Votant, dass dies nicht stimme. Die Hälfte der Fahrten gehen nicht vom Kronenplatz zu den Einwohnern nach Hause, sondern gehen auf Wunsch vom Einwohner zum Kronenplatz. Wer überprüft dann am Kronenplatz, ob diese Person auch ein ÖV-Billett löst? Insofern sind alle Fahrten, die auf Wunsch resp. auf Bestellung von den privaten Wohnorten zum Kronenplatz gehen gratis, auch wenn man kein ÖV-Billett hat. Bzgl. des umweltfreundlichen Services für die Besucher des Schauspielhauses möchte er zum einen in Frage stellen, dass ein Ruftaxi umweltfreundlich ist. Und zweitens muss er sagen, wer sich Tickets für das Theater oder das Schauspielhaus leisten kann, der ist nicht auf die Subvention der Gemeinde für ein Ruftaxi angewiesen, sondern kann sich auch sonst ein Taxi leisten.

Marc Schinzel, FDP kann sich dem Gesagten eigentlich nahtlos anschliessen. Es ist wenig überraschend, wenig innovativ, was hier vom Gemeinderat vorgelegt wurde. Man hat effektiv einfach übernommen, was in einem Postulat eingespeist worden ist. Da müsste man mehr erwarten. Der Redner findet die von den Grünen angesprochenen Ansätze interessant. Aline Glaser hat bspw. das Gutscheinheft angesprochen. Das ist interessant, denn damit erreicht man möglicherweise eine breitere Abdeckung. Das sind dann Personen, die nicht nur um 20 Uhr oder um 22 Uhr das Taxi benutzen, sondern auch anderweitig.

Bei solchen Sachen müsste man genauer hinschauen. Da wurde viel zu wenig tief geprüft. Generell muss man auch sagen, wenn man schon so grosszügig vom Staat subventioniert: Es ist ein Eingriff in die Privatwirtschaft. Es ist klar, dass seine Fraktion darauf hinweisen muss. Es gab in den letzten Jahren einen massiven Ausbau aller möglichen Verkehrs- und Bewegungsmittel jeglicher Art. Mit dem Angebot wird das Taxigewerbe subventioniert und man greift in andere Gewerbe ein, die vielleicht ebenfalls ein Angebot hätten, das möglicherweise auch passend wäre. Noch ein Punkt zum Preis. Man muss nicht unbedingt den Gratisspruch, dass das Angebot nichts wert sei, bringen. Aber wenn man vier Franken für das Taxi bezahlt, ist das eine maximale Leistung. Der Votant findet, Erwachsene können diese vier Franken bezahlen. Das ist es wert. Sonst ist man wirklich an einem seltsamen Punkt, wenn man sagt, es müsse gratis sein. Diese vier Franken vermag man, wenn man in Binningen mit dem Taxi, welches am Kronenplatz bereitsteht, fahren möchte. Zwei Franken für die Jugendlichen erst recht. Das ist günstig. Es ist ein absolutes Topangebot und es gibt überhaupt keinen Grund, dies gratis zu machen.

Christian Schmid Fabini, SVP äussert, er sei seit rund zwei Jahren im Einwohnerrat und könne sich gefühlt an jeder Sitzung anhören, dass man doch noch dies und jenes ausbauen könnte. Es seien ja nur 50 000 Franken. Die Gemeinde habe das Geld ja. Es sei nicht so tragisch. Es gab vor Kurzem eine Steuererhöhung in Binningen. An jeder Sitzung werden mehr und mehr Staatsausgaben beschlossen, anstatt dass man darüber redet, wo man etwas einsparen könnte und wo man z.B. durch Steuersenkungen den Steuerzahlern das Geld zurückgeben könnte. Es muss nicht alles vom Staat übernommen werden. Ein wenig Eigenverantwortung kann man den Leuten zumuten. Vier Franken für einen persönlichen Chauffeur sollte für die meisten Personen möglich sein. Wenn jemand halt einmal weniger pro Jahr ins Theater gehen kann, was wirklich nicht ganz günstig ist, dann gibt es Schlimmeres auf dieser Welt. Der Redner findet, man sollte schauen, dass die Ausgaben der Gemeinde reduziert werden und nicht einfach immer mehr als Gemeindeaufgabe ansehen und immer mehr Steuern erheben. Es ist seiner Ansicht nach Zeit umzudenken.

Lewin Lempert, SP ist erstaunt, wie ein gut funktionierendes Angebot, das seit 1995 in der Gemeinde verankert ist, schlecht geredet wird. Es wurde gesagt, es gebe keinen Bedarf für das Ruftaxi. Dabei muss man sich vergegenwärtigen, dass es doch 2700 Fahrten pro Jahr sind. Das ist nicht nichts. Der Bedarf ist vorhanden. Das Postulat zielt ja genau darauf ab, dass man das Angebot zukunftsfähig macht, ausbaut und einen Beitrag dazu leistet, um den Verkehr zu dekarbonisieren. Dass man die Leute dazu ermuntert, nicht mit dem Auto in die Stadt zu fahren, sondern mit dem ÖV. Der Redner hat nie gesagt, dass man die 30 000 Franken zum Fenster rauswerfen sollte. Jeder Franken Steuergeld ist ein Franken, der jemand finanziert hat. Das ist klar. Aber die 30 000 Franken sind eine sinnvolle Investition in ein Angebot, welches der Binninger Bevölkerung etwas bringt. Es bringt den älteren Menschen in dieser Gemeinde etwas und es bringt den jungen Menschen in dieser Gemeinde etwas. Es muss nicht das Schauspielhaus sein, für das es übrigens auch verbilligte Tickets gibt für Leute, die nicht so viel Geld haben. Es kann auch der Jass im Restaurant Bundesbähnli im Gundeli sein oder sonst ein Angebot, bei dem jemand am Abend einmal in die Stadt geht und dann vielleicht froh ist, nicht nach Hause laufen zu müssen, weil es sonst gar nicht mehr möglich wäre. Ein zweiter Punkt noch. Der Redner fand den Input von Thomas Hafner in Bezug auf die Werbung sehr sinnvoll. Das kann er zu 100 Prozent unterschreiben. Er würde das eine tun und das andere nicht lassen. Gerade wenn man ein attraktiveres Angebot etabliert, ist es klar, dass man mit Werbung auf das neue Angebot aufmerksam machen muss. So kann man das Binninger Ruftaxi zukunftsfähig machen, die Nutzungszahlen nochmals erhöhen und ein sinnvolles Angebot, welches ein Teil dieser Gemeinde ist und für das viele Menschen dankbar sind, in die Zukunft führen.

Christian Schmid Fabini, SVP legt dar, ein Unternehmen als Beispiel, das seinen Umsatz halbiert, ist wahrscheinlich nicht auf dem richtigen Weg. Da müsste man sich möglicherweise überlegen, ob es nicht andere Angebote gäbe. Es gibt ja neue Angebote. Es gibt das Trottinett, die E-Bikes, Uber, Uber Carshare etc. Wieder die Frage: Wieso muss die Gemeinde immer mehr Sachen subventionieren? Eine Halbierung der Nachfrage ist das Gegenteil eines Anstiegs der Nutzung. Wieso braucht es noch mehr

Subventionen, noch mehr Steuereinnahmen? Wieso lässt man die Leute nicht selbst entscheiden, ob sie ein E-Bike nehmen möchten oder ein Uber oder ein Uber teilen möchten?

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP fand die Ausführungen und Voten ihrer Kolleginnen und Kollegen sehr interessant. Sie hat sich über viele Ideen und Vorschläge Gedanken gemacht, auch über den Rückweisungsantrag. Ihre Fraktion ist aber trotzdem der Meinung, dass man das gut funktionierende Angebot weiterführen muss. Eine Pause fände sie weniger gut. Aber der Gemeinderat hat viele Vorschläge gehört und wird dazu sicher auch weitere Überlegungen anstellen. Was ihre Fraktion dem Gemeinderat mitgeben möchte ist, dass man die Statistiken, die Bedürfnisse, die Gewohnheiten oder Nicht-Gewohnheiten zum Ruftaxi genauer abklärt. Mit diesen Ergebnissen lassen sich vielleicht sogar noch weitere Möglichkeiten erschliessen. Also keine Pause. Die Grünen/EVP würden die Anträge weiterhin befürworten, aber mit der Bitte, dass sich der Gemeinderat mit anderen, neuen Ergebnissen vielleicht für die Jahre 2025/2026 Gedanken macht.

Olivier Kremo, SVP ist der Ansicht, wer sich die vier Franken nicht leisten könne, werde es sich auch nicht leisten, mit dem eigenen Auto in die Stadt zu fahren oder mit dem Taxi von der Stadt nach Hause. Das Umweltargument scheint ihm genau umgekehrt. Mit dieser Gratisubventionierung der Mobilität generiert man mehr Umweltverschmutzung. Daher ist er der Meinung, dass eigentlich der gesamte Einwohnerrat, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, das Postulat ablehnen könne.

Thomas Hafner, Mitte/GLP möchte auf das Votum von Lewin Lempert eingehen. Er ist der Meinung, niemand resp. fast niemand rede das bestehende Angebot schlecht. Aber eine Ausweitung des heutigen, bestehenden Angebots, dass es gratis sein soll, sieht er persönlich überhaupt nicht. Es geht heute wirklich nur um die Erweiterung. Ja oder Nein. Es geht nicht um eine Abschaffung. Der geforderte Ausbau ist seines Erachtens aber auch kein Weg. Der Gemeinderat darf in Zukunft jedoch sicher mit einem Vorschlag kommen, wie man hier noch etwas optimieren könnte. Seiner Fraktion wäre es ein Anliegen, dass man dann an einem Nachmittag etwas in die Wege leitet. Dass man sagt, der junge Mann oder das Grossmami dürfen einen Anruf machen und können das Ruftaxi nach Hause bestellen, um an einem Tag an einen Ort und wieder zurück fahren zu können. Davon wurde noch nie gesprochen. Das wäre eine Möglichkeit, die die Mitte/GLP für einen Ausbau sehen würde. Aber wie gesagt, nun einfach mit dem TNW-Billett gratis zu fahren, findet der Redner den falschen Weg. Das bringt seines Erachtens keine zusätzlichen Ruftaxinutzer.

Christoph Daniel Maier, FDP findet die Voten von Beatrice Büschlen und Thomas Hafner gut. Er hat den Eindruck, man habe den Rückweisungsantrag seiner Fraktion falsch verstanden. Die FDP möchte nur verhindern, dass man nun einfach einen Ausbau in eine Richtung macht. Es geht heute nicht darum, das bestehende Angebot ohne Not und ohne Ersatz abzuschaffen. Die FDP hätte eigentlich, und das kam seines Erachtens durch die Voten der Fraktion auch zum Ausdruck, eine bessere Analyse erwartet. Die drei von Lewin Lempert genannten Ziele kann seine Fraktion grundsätzlich unterstützen. Sie möchte, dass man sicher nach Hause kommen kann. Sie möchte ein faires Angebot und sie möchte auch, dass die Personen, die in der Mobilität eingeschränkt sind, ein Angebot haben, mit dem sie sich innerhalb der Gemeinde freier bewegen können. Diese Anliegen könnte die FDP allenfalls unterstützen und sie möchte insbesondere geprüft haben, inwieweit z.B. ein solches Gutscheinheft, oder vielleicht kommt der Gemeinderat ja auch noch auf eine andere Idee, zielführend sein könnte, um diese Zielsetzungen mit den bestehenden Mitteln oder mit allenfalls leicht erhöhten Mitteln – sprich mit einem effizienteren Einsatz der Mittel – erreicht werden kann. Es ist dem Votanten genauso wichtig zu betonen, um das nochmals klar zu wiederholen, dass es die Fraktion nicht schätzt, dass hier in einen Markt eingegriffen wird. Sie würden tatsächlich eher etwas bevorzugen, das langfristig eine individuelle Unterstützung beim Wahrnehmen von individuellen Beförderungsbedürfnissen unterstützt. Die FDP findet es nicht richtig, dass man jemandes Lebenszeit mit warten am Kronenplatz finanziert. Sie hätten gerne eine echte Analyse des Gemeinderats. In diesem Sinn darf er nochmals darum bitten, das Geschäft an den

Gemeinderat zurückzuweisen. Nicht, weil man das Ruftaxi bodigen möchte, sondern um eine echte Analyse und bessere Vorschläge zu erhalten.

Sirin Hauri, Grüne/EVP teilt mit, es gehe in diesem Vorstoss um eine vermehrte Attraktivität des Angebots des Ruftaxis. Es geht darum, dass man, weil die Nutzung nicht mehr so befriedigend ist, eine vermehrte Nutzung haben möchte. Dadurch will man auch eine vermehrte Nutzung des ÖV erreichen, was für den Umweltschutz wichtig ist. Dass die Nutzung durch Gratisangebote, im Rahmen des U-Abos und von anderen Billetts, erhöht wird, wurde in anderen Gemeinden ja schon beobachtet. Es ist also zu erwarten, dass es auch in Binningen eine erhöhte Nutzung geben wird. Da es uns um die Lenkung geht, und darum, diese zu unterstützen, ist auch nicht unbedingt die Frage, ob es die Leute bezahlen können oder nicht. Aber machen sie es auch, wenn sie es bezahlen müssen oder machen sie es nicht? Das ist die Frage. Auch dass es ein Eingriff in den Markt ist. Caroline Rietschi hat bereits erwähnt, dies sei bis zu einem gewissen Grad auch gewollt. Man möchte eine ökologische Fortbewegung fördern. Ein Taxi soll hier vor Ort sein und nicht durch die ganze Stadt fahren müssen. Denn wenn man ehrlicherweise in einem Taxi sitzt, das man privat genommen hat, dann fährt man damit wahrscheinlich den ganzen Weg. Das ist auch nicht klimafreundlich. Da es um Klimaschutz geht, sieht es ihre Fraktion als staatliche Aufgabe und nicht als eine private Aufgabe. Die Rednerin findet es schön, dass es positiv aufgenommen wurde mit den vielen anderen Vorschlägen. Sie hat aber das Gefühl, vor diesem Hintergrund wäre eine Rückweisung unklar. Denn die einen wollen viel mehr, die anderen wollen viel weniger. Der Auftrag an den Gemeinderat, was er denn mit dieser Rückweisung machen soll, erscheint ihr vor diesem Hintergrund nicht ganz klar.

Marco Giani, FDP möchte als regelmässiger Nutzer des Ruftaxis kurz zwei, drei Worte loswerden. Er nutzt das Angebot viel und findet es eine gute Sache. Ein Ausbau fände er im Moment aber nicht angebracht. Dafür ist die Nachfrage momentan nicht vorhanden. Er versteht gewisse Voten, denkt aber auch, dass man zuerst eine Optimierung des Ruftaxis andenken muss. Wenn man das Angebot optimiert, kann man es auch nachhaltig weiterentwickeln. Er möchte nicht zuerst auf 100 gehen und das Angebot gratis machen. Es ist unklar, ob dies überhaupt gefragt ist. Der Redner ist der Ansicht, das Ruftaxi sollte nicht gratis sein. Vier Franken findet er nicht viel dafür, dass man sicher nach Hause kommt. Die meisten haben bereits ein ÖV-Billet gekauft. Dass man es denen gratis gibt, die ein ÖV-Billet haben, steht nicht in Relation zum Angebot der Gemeinde. Das Geld des ÖV-Billetts nimmt die BVB ein, das Taxi bezahlt trotzdem die Gemeinde. Er findet auch für Jugendliche, die vielleicht kein ÖV-Billet oder ähnliches haben, oder auch für Leute, die in Binningen ohne ÖV-Nutzung das Ruftaxi nutzen wollen, darf es zwei resp. vier Franken kosten. Das erscheint ihm ein anständiger Preis für die Leistung.

Marc Schinzel, FDP kann sich auch bekennen. Er nutzt das Ruftaxi, wenn es da ist, immer wieder. Vielleicht stellt man am Schluss fest, dass es v.a. Einwohnerratsmitglieder sind, die das Angebot nutzen. Das ist ja auch kein Schaden. Das wäre auch nicht schlecht. Es ist vermutlich so, wie es Kevin Lancashire gesagt hat, dass es Mehrfachnutzungen gibt, was durchaus legitim ist, wenn das Angebot vorhanden ist. Er möchte dies sicher nicht schlecht reden. Es hat den Redner etwas getriggert, als von Seiten der Grünen geäussert wurde, man wolle dann nicht, dass die Leute mit diesem oder jenem Verkehrsmittel fahren. Es sei schon gut, das Ruftaxi zu nutzen, aber man sollte nicht zu lange im Taxi sitzen und irgendwo noch auf den ÖV wechseln usw. Dann müsste man den Leuten vorschreiben, wie sie sich von A nach B bewegen. Das ist natürlich keine Vorstellung, die der FDP entspricht. Dafür gibt es die Eigenverantwortung. Aus diesem Grund generell fände seine Fraktion eine Rückweisung durchaus konstruktiv. Denn sie ermöglicht, und das kam ja auch von Seiten der Grünen, dass sich das Angebot z.B. mit Gutscheineften – vielleicht gibt es dafür noch ein anderes Wort. Gutscheineft tönt etwas altmodisch – möglicherweise auch verbreitert. Örtlich verbreitert, nicht nur vom Kronenplatz aus, und zeitlich verbreitert, eben nicht nur von 20 Uhr oder 22 Uhr, sondern auch zu ganz anderen Zeiten, wenn ein Bedürfnis da ist. Von daher ist eine Rückweisung auch ein konstruktiver Vorschlag.

Thomas Schwarb, Grüne/EVP möchte nicht mehr inhaltlich auf den Vorstoss eingehen, sondern einen Verfahrensvorschlag machen. Die FDP würde ja gerne rückerweisen. Seine Empfehlung wäre, über das Geschäft, so wie es vorliegt, abzustimmen und die Anliegen, die von der FDP durchaus berechtigt vorgetragen wurden und auch von anderen, mit einem neuen Postulat einzureichen. Dadurch müsste der Gemeinderat nicht über das Wortprotokoll versuchen zu interpretieren, was gemeint ist. Die Formulierung des gegenwärtigen Postulats ist in einem gewissen Sinn abschliessend. Diese Fragen sind beantwortet, aber die anderen Fragen sind wichtig. Er fände es sinnvoll, man würde diesen Abklärungsauftrag neu formulieren, da die Diskussion durchaus erhellend war und auch als wichtig anzuschauen ist. Der Redner empfiehlt aber, es neu in Auftrag zu geben.

Gemeindepräsidentin a.i. Caroline Rietschi, SP würde gerne kurz vier Sachen erwähnen. Es wurde viel gesagt. Es gibt viele Ideen und Anregungen. Der Gemeinderat hat aber den Auftrag, wie er im Postulat formuliert wurde, umgesetzt. Zur Aussage von Thomas Häfele, dass Binningen ÖV-mässig exzellent erschlossen sei, gibt es keine Diskussion. Aber es stimmt halt leider nicht für alle Gebiete in Binningen. Wenn man auf den Hügeln wohnt und v.a. auf der Bruderholzseite, dann ist die ÖV-Erschliessung nicht ganz so gut, wie sie hier unten in der Talsohle ist. Der Hinweis von Thomas Hafner, dass das Angebot besser beworben werden kann, nimmt die Votantin sehr gerne auf. Bei diesem Punkt kann man sicher zulegen. Der andere Hinweis, dass man das Angebot auf den Nachmittag ausweiten könnte, um an zwei oder drei Nachmittagen pro Woche auf den Friedhof z.B. oder zum Sonnenbad oder wohin auch immer fahren zu können. Das Angebot gab es bereits. Die Gemeindepräsidentin meint – Irrtum vorbehalten –, es sei vor/anfangs Pandemie gewesen. Eine unglückliche Zeit.

Die Nachmittagsfahrten hat man eingestellt, weil das Angebot nicht genutzt wurde und die Kosten wirklich unverhältnismässig waren. Das ist ev. das Angebot, auf welches sich Hubert Steffen bezogen hat, bei dem der Gemeinderat die Kosten unverhältnismässig fand. Das waren die Nachmittagsfahrten, bei denen man am Nachmittag zum Friedhof, zum Sonnenbad etc. fahren konnte. Dort hatte man wirklich zu wenige Nutzungen. Man kann nun sagen, man müsste das Angebot überdenken, es anders gestalten etc. Das kann man immer machen. Aber diese Idee wurde bereits einmal aufgegriffen und sie hat nicht funktioniert. Man kann gerne nochmals überlegen, wie man dies umsetzen und ein Angebot schaffen könnte. Als letztes äussert die Gemeindepräsidentin, eine Rückweisung für das an den Gemeinderat überwiesene Postulat bringe nichts. Dieser Auftrag wurde erfüllt. Aber die vielen Inputs, die geäussert wurden, nimmt der Gemeinderat gerne auf und kann sie nochmals prüfen. Ob es dafür ein neues Postulat braucht oder ob man dies in der nächsten Legislatur in Angriff nehmen kann, ist letztlich dem Einwohnerrat überlassen. Er kann entscheiden, ob er dazu nochmals ein Postulat einreichen möchte. Der Gemeinderat wird sicher selbst darum bemüht sein, Bedürfnisstatistiken zu erheben. Das ist auch im eigenen Interesse, um belegen zu können, dass es ein sinnvolles Angebot ist und der Zweck und das Ziel erreicht wird, weshalb man es einführen möchte.

Thomas Hafner, Mitte/GLP schliesst sich der Meinung an, dass die Erledigung des Postulats, wie dies Thomas Schwarb vorgeschlagen hat, wohl das Beste sei. Man kann wieder ein Postulat einreichen. An die Gemeindepräsidentin gerichtet äussert er, es sei richtig, das Nachmittagsangebot habe scheinbar bestanden. Er hat es aber nicht mitbekommen. Das Ganze war kurz vor der Corona-Zeit. Das war natürlich überhaupt nicht publik. Wenn man in einer Gemeinde etwas einführt, braucht es eine gewisse Anlaufzeit, damit das Angebot bekannt wird. Der Votant ist der Meinung, diesen Versuch müsste man nochmals machen. Der kurze Moment vor der Corona-Zeit wird vermutlich kein realistisches Resultat dargestellt haben. Er wäre daher froh, wenn man dies nochmals versuchen könnte.

Christoph Daniel Maier, FDP muss nochmals kurz auf die Aussage der Erschliessung der Gemeinde Binningen durch den öffentlichen Verkehr replizieren. Die Anwesenden müssen sich hier nicht streiten. Es gibt tatsächlich Daten, wo man den Abstand jedes Hauses zum öffentlichen Verkehr in farbiger Darstellung vom Bundesamt für Verkehr nachgewiesen erhält. Binningen ist in dieser Darstellung von oben bis

unten grün. Warum ist Binningen grün? Auf der anderen Seite der Grenze zu Basel-Stadt gibt es interessanterweise eine Tram. Mit dieser kann man vom Bruderholz in die Stadt fahren. Es ist nicht auf Binninger Gemeindegebiet, daher zählt es natürlich nicht wirklich als Binninger Beförderungsmittel. Der Redner nutzt es trotzdem. Das wollte er noch kurz anmerken.

Lewin Lempert, SP hat nichts Inhaltliches mehr. Er möchte beliebt machen, dass man Antrag 1, über welcher abgestimmt werden soll: «Der Einwohnerrat beschliesst das im Postulat vorgeschlagenen Zusatzangebot für den künftigen Ruftaxibetrieb», zweiteilt. Erstens: Einführung des ganzjährigen Betriebs ab 20 Uhr und zweitens: Einführung der kostenlosen Nutzung von Fahrgästen mit U-Abo. Es sind eigentlich zwei Forderungen. Viele Voten haben sich auf die Kostenlosigkeit des Angebots bezogen und weniger auf den ganzjährigen Betrieb. Der Votant würde daher beliebt machen, dies so abzustimmen.

Marco Giani, FDP wollte auch etwas in diese Richtung vorschlagen. Wenn man es einfach abschreiben würde, dann würde man auch beschliessen, dass das vorgeschlagene Zusatzangebot zum Tragen kommt. So versteht er das Postulat. Der Redner empfiehlt daher, dass man es auseinandernimmt oder zurückweist.

ABSTIMMUNG

Basierend auf der Diskussion möchte der Präsident als Erstes über den Rückweisungsantrag der FDP abstimmen lassen. Danach kann allenfalls darüber befunden werden, wie über die weiteren Anträge abgestimmt werden soll.

Rückweisung: 16 JA / 16 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 09)

Mit dem Stichentscheid des Präsidenten wird das Geschäft an den Gemeinderat zurückgewiesen.

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird an den Gemeinderat zurückgewiesen.

Traktandum 3

Gesch. Nr. 73

Postulat BPK: Fahrradweg im Perimeter Schulcampus Dorf

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Peter Bertschi, Grüne/EVP erklärt, die Grüne/EVP nehme den Zwischenbericht des Gemeinderats mit wenig Begeisterung zur Kenntnis. Als Lösung führt der Veloweg weiterhin über die Begegnungszone auf dem Dorfplatz, zwar mit diversen Verbesserungsmaßnahmen, um den Veloverkehr zu verlangsamen und von den Fussgängern zu trennen. Seiner Fraktion reichen die vorgeschlagenen Massnahmen aber nicht. Durch die immer beliebteren E-Bikes wird die Strecke heute schon mit sehr hohen Geschwindigkeiten durchfahren. Auch ist bekannt, dass der eine oder andere E-Biker den Tacho nicht immer im Fokus hat. Es braucht aus Sicht der Grünen/EVP eine bessere Lösung, weil zukünftig noch mehr Kinder auf dem Platz spielen und sich auch vermehrt Fussgänger auf den Dorfplatz aufhalten werden. Es braucht nicht viel Fantasie, dass es trotz der roten Markierungen und reduzierter Geschwindigkeit zu vermehr-

ten Konflikten oder gar Unfällen zwischen Passanten und Velos kommen wird. Die Fraktion hätte sich gefreut, wenn gerade in Anbetracht des Schulcampus Dorf eine innovativere Lösung gefunden worden wäre. Somit hoffen sie, dass der Vorstoss im Landrat dieser Situation mehr Abhilfe bringt. Zum Schluss hat er noch eine Anmerkung zur roten Farbe, die verwendet werden soll. Es gibt ja eine Verordnung «Weisung über besondere Markierungen auf der Fahrbahn». Sie haben sich gefragt, ob die rote Farbe nach dieser Weisung überhaupt zulässig ist.

Rahel Amacker, Mitte/GLP führt aus, die Verkehrssituation bzw. der Fahrradweg beim Perimeter des zukünftigen Schulcampus Dorf berge Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Verkehrsteilnehmenden sowie Schülerinnen und Schülern. Das spiegelt sich auch in wiederholten, kritischen Rückmeldungen aus der Bevölkerung wider. Das Ziel muss daher sein, kurzfristig Massnahmen umzusetzen, um die Sicherheit zu erhöhen und langfristig eine Situation zu schaffen, die alle Nutzenden zufriedenstellt. Die Mitte/GLP dankt in diesem Zusammenhang für den Zwischenbericht und nimmt ihn zur Kenntnis. Zusammenfassend mangelt es derzeit an geeigneten Alternativ-Routen und man muss auf das Ergebnis eines Postulats im Landrat warten. Zumindest vorerst gibt es also keine optimale Lösung. Die Sicherheit soll jedoch möglichst rasch durch eine klare farbliche Trennung von Radfahrenden und Fussgängern erhöht werden. Die Fraktion hofft, dass zusammen mit der Umgestaltung des Dorfplatzes und der Erneuerung der Hauptstrasse eine zufriedenstellende Lösung, vielleicht auch mit einer alternativen Linienführung, gefunden werden kann.

Erik Schellenberg, SP informiert, die SP habe das Geschäft eingehend besprochen und komme zu folgendem Schluss. Die nicht prekäre aber leicht angespannte Situation im Bereich der heutigen Fahrwege wird mit der vorgeschlagenen Lösung erheblich verbessert. Man versucht vor allem, die Geschwindigkeitsdifferenzen auf diesem Fahrradweg zu vermindern. Die Lösung entspricht dem Wunsch der Velofahrenden und ist eine gute Voraussetzung, um die Bauzeit möglichst ohne Unfall zu überwinden. Die Fraktion findet es insbesondere vorbildlich, dass das Problem von unterschiedlichen Geschwindigkeiten und zu schnellen E-Bikes angegangen wird und vielleicht auch einmal eine Busse ausgesprochen wird. So kann die Zone um die Baustelle von Fussgängern und Velofahrenden sicher genutzt werden. Die SP nimmt positiv Kenntnis vom Zwischenbericht.

Brigitte Schori, FDP dankt dem Gemeinderat namens ihrer Fraktion für die ausführlichen Berichte und die Einleitung der gewählten Sofortmassnahmen. Die gewählte, bestehende Variante ist für die FDP eine Übergangslösung und sie erwartet, dass nach Abschluss des Schulcampus und im Rahmen der Erneuerung der Hauptstrasse eine bessere und v.a. sichere Lösung gefunden wird. Die Fraktion empfiehlt die Kenntnisnahme des Zwischenberichts.

Gemeindepräsidentin a.i. Caroline Rietschi, SP möchte sich nur kurz äussern. Es ist eine Kenntnisnahme. Es ist ihr aber doch wichtig festzuhalten, dass sich der Gemeinderat bewusst ist, dass es keine optimale Lösung ist. Aber es ist die beste von vielen nicht guten. Wie schon erwähnt wurde, hofft der Gemeinderat ebenfalls, dass im Landrat eine bessere Lösung zum Tragen kommt. Die Gemeinde ist mit dem Kanton daran, nach anderen Lösungen zu suchen und sie zu finden. Sie ist zuversichtlich, dass es etwas geben wird, aber im Moment ist es das, was man machen kann. Auf die Frage der Grünen/EVP, ob die rote Farbe überhaupt zulässig ist, antwortet die Gemeindepräsidentin, sie sei selbstverständlich zulässig. Es ist genau die rote Farbe, die man auf der Velo-Vorzugsroute hat, die in Absprache mit dem Kanton erstellt wurde.

Thomas Hafner, Mitte/GLP findet, es sei wirklich ein gefährlicher kantonaler Veloweg, den man hier in Binningen habe. Es ist ihm klar, dass dem Gemeinderat die Hände gebunden sind. Er kann nicht viel machen. Nur mit einem Kessel Farbe und etwas Aufgeklebtem ist es natürlich noch lange nicht getan. Der Redner hofft, dass sich der Kanton Baselland und seine Partner auch hier in Binningen Zeit nehmen und sich die Situation vor Ort anschauen. Im Zug des Bauprojekts Schulcampus Dorf, der geplanten Sanierung der Kantonshauptstrasse etc. erwartet er, dass der Kanton nicht nur eine «Pflästerchen-Lösung»,

sondern eine weitsichtige, planerische Lösung für die Zukunft plant und realisiert. Die Überquerung der Hauptstrasse in der Nähe der Post ist für einen Veloweg unwürdig und gefährlich.

Es soll auch ein Aufruf an die Regierung, unseren Verkehrsdirektor und an die Medien sein, dass hier im Sinn der Velofahrenden auch im unteren Kantonsteil, im Leimental, von der Bevölkerung gute Lösungen gewünscht werden. Ein Teil des Geldes, welches Binningen im Rahmen des Finanzausgleichs nach Liestal zahlt, darf auch für sinnvolle Fahrradwege in Binningen genutzt werden. Der Veloweg an der Kantons-grenze Basel-Stadt / Baselland abzuzweigen und via Margarethental dem Birsig entlang via Schutzmat-ten zu führen, wäre eine Variante. Er könnte sich, als eine etwas verrücktere Variante, auch sehr gut ei-nen unterirdischen, gut beleuchteten und natürlich belüfteten Fahrradweg unterhalb des Dorf- und des Pausenplatzes beim neuen Schulhaus vorstellen. Da diese Gegend sowieso aufgegraben wird, wäre jetzt der richtige Zeitpunkt für eine kantonale Planung gegeben. Der Redner schaut gespannt auf Liestal, den Verkehrsdirektor und die Landräte und Landrätinnen aus der Region.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom Zwischenbericht des Gemeinderats.

Traktandum 4

Gesch. Nr. 187

Postulat Th. Häfele, FDP: Sportplätze in Binningen heute und in Zukunft

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Thomas Häfele, FDP dankt dem Gemeinderat für die positive Aufnahme seines Postulats. Generell braucht es wohl keine weiteren Erläuterungen. Alle wesentlichen Aspekte sind im Postulat festgehalten. Es ist wohl unbestritten, dass die Sportvereine in Binningen wichtige Aufgaben übernehmen in Bezug auf die Gesundheit, Jugendarbeit und Integration. Aufgrund der steigenden Nachfrage insbesondere im Jugendbereich wird es allerdings immer schwieriger, dieser Aufgabe nachzukommen resp. diese Auf-gabe zu übernehmen. Daher möchte er den Gemeinderat mit diesem Postulat auffordern, die Bedingun-gen für die Sportvereine in Binningen zu analysieren und zu verbessern. In einem ersten Schritt soll eine umfassende Analyse zur aktuellen Auslastung und zum zukünftigen Bedarf erstellt werden. Dieser Schritt scheint bereits eingeleitet. Parallel dazu sollen Szenarien entwickelt werden, wo neue Sportanla-gen entstehen oder bestehende Anlagen zusätzlich genutzt werden können. Wie im Postulat erläutert, trainieren nicht nur Binninger Kinder in den Binninger Vereinen. Zumindest im Fussballclub sind weniger als 45 Prozent der Junioren in Binningen ansässig. Per 1. Dezember 2023 kamen 28 Prozent aus der Stadt Basel und 16 Prozent aus Bottmingen. Es scheint darum nicht unverschämt, wenn Binningen prü-fen würde, inwieweit auch Sportanlagen in Basel oder Bottmingen genutzt werden könnten. Generell wäre es vielleicht sogar ein Dienst an diesen Kindern, die aus Basel oder Bottmingen kommen und sich dann den weiten Weg nach Binningen mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder auch mit PWs sparen könnten. Es wäre sicher umweltfreundlicher, da die Wege reduziert werden würden. Der Postulant fin-det, die Gemeinde Binningen solle die Binninger Sportvereine doch diesbezüglich unterstützen.

Der Redner ist nicht ganz einverstanden, dass der Gemeinderat vorerst nur den ersten Auftrag mit Analyse und Bericht realisieren und erst anschliessend die weiteren Forderungen angehen möchte. Der Bedarf an weiteren Trainingsmöglichkeiten ist bereits jetzt akut und wird sich noch weiter akzentuieren. Das Gespräch mit den Nachbargemeinden soll möglichst zeitnah gesucht werden. Bereits im Leitbild 2030, welches schon mehr als vier Jahre alt ist, wurde beim Schwerpunkt Freizeit, Kultur und Sport erkannt, dass es Herausforderungen im knappen Raumangebot gibt. Als Vision wurde festgehalten: «Die enge Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure und die Entwicklung von dezentralen Arealen finden im regionalen Verbund – auch mit der Stadt Basel – statt.». Darum macht es aus seiner Sicht Sinn, wenn man das Gespräch mit den umliegenden Gemeinden möglichst schnell sucht. Auch ist er mit dem Einwand des Gemeinderats in Bezug auf die Kostenfolge nicht einverstanden. Es ist dem Votanten bewusst, dass ein Bericht nicht gratis ist. Aber er denkt, dass eine Gemeinde, die sich ein Sitzbankkonzept leistet, auch eine Nutzungsanalyse für die Sportinfrastruktur vermag. Es würde ihn sehr freuen, wenn sich die eine oder andere Option möglichst bald realisieren lassen würde. Er dankt für die Unterstützung und die Überweisung des Postulats.

Ralph Büchelin, SP spricht dem Gemeinderat seinen Dank für den vorliegenden Bericht aus. Im Postulat wird von Thomas Häfele die Wichtigkeit von Sport und Bewegung betont. Es wird auch auf das Leitbild der Gemeinde verwiesen, welches besagt, dass genügend Sportplätze zur Verfügung gestellt werden sollten. Weiter wird verlangt, dass die Zusammenarbeit mit Basel-Stadt und den umliegenden Gemeinden verstärkt wird, weil doch einige Sportler und Sportlerinnen aus diesen Gebieten in Binningen trainieren. Der Postulant will vom Gemeinderat zudem wissen, welche zukünftigen Sportanlagen möglich wären, genannt wird dabei das Gebiet auf dem Bruderholz, was ja bereits einmal Thema war. Der Gemeinderat betont in seiner Antwort ebenfalls die Wichtigkeit von sportlichen Aktivitäten und entsprechender Infrastruktur. Im Bereich Fussball beispielsweise nimmt der Bedarf an Trainings- und Spielmöglichkeiten ständig zu. Fussball ist die Nummer eins in Binningen, ganz klar. Das ist so. Man muss aber auch schauen, dass andere Vereine, wie z.B. die Leichtathletik als zweitgrösste Sportart, ebenfalls genügend Trainingsmöglichkeiten hat und erhält. Der Gemeinderat hat im Februar ein Sportanlagenkonzept beschlossen und dafür 90 000 Franken im Budget vorgesehen. Somit wird auch die im Postulat gewünschte Bedarfsanalyse abgedeckt und weitere Vorschläge und Ideen können diskutiert werden. Das alles ist begrüssenswert, weil für eine Gemeinde ein gutes Angebot an Sport und Sportplätzen ein Ausdruck von Lebensqualität ist. Die SP unterstützt das Postulat daher und sieht auch dem Sportanlagenkonzept der Gemeinde mit Interesse entgegen.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP möchte noch einen Punkt ansprechen, der noch nicht aufgegriffen worden ist und der sich durch den Mangel an Sport- und Hallenplätzen langsam immer mehr akzentuiert. Die vielen Kinder bestehen nicht nur aus Jungs, sondern auch aus Mädchen. Viel mehr Mädchen möchten sich nicht nur im Fussball, sondern auch in anderen Sportarten, bewegen. Aus diesem Grund gibt es auch viel mehr mixed Teams oder die verschiedenen Vereine können gar keine Mädchenmannschaften machen. Es gibt dann improvisierte Trainings, aber Wettkampfbetrieb im konkreten Sinn eher weniger. Sie hat dies vom Volleyball schon von verschiedenen Vereinen gehört, nicht nur in Binningen, sondern im ganzen Umfeld der Region (Basel und weitere Gemeinden). Ein weiteres Problem sind nicht die mangelnden Plätze und Hallen, sondern die Trainer und Trainerinnen. Es ist ein grösseres Problem. Es gibt grössere Sachen zu beheben, als nur «die Plätze». Das ist aber einfach das Wichtigste, um überhaupt etwas zu machen. Die Grünen/EVP werden das Postulat unterstützen und überweisen, aber man muss grundsätzlich noch über weitere Problematiken diskutieren und nachdenken.

Thomas Hafner, Mitte/GLP bedankt sich beim Gemeinderat für den vorliegenden Bericht sowie beim Postulanten für den eingereichten Vorstoss. Er nimmt es vorweg: Die Mitte/GLP folgt dem Antrag des Gemeinderats und wird das Postulat überweisen. Mit dem vorübergehenden Wegfall während der Bauzeit beim Schulcampus Dorf wird es in Binningen sowieso zu einer starken Verknappung der öffentlichen Sportanlagen kommen. Die vom Postulanten aufgeführten Punkte sind für die Überprüfung als Ideen-speicher sicher sehr hilfreich. Die Fraktion begrüsst diese. Zusätzlich zur Idee eines weiten Kunstrasen-

felds beim Spiegelfeld möchte die Mitte/GLP dem Gemeinderat eine weitere Idee zur Überprüfung mitgeben. Sie denken während der Bauzeit im Dorf als weiteren provisorischen Sportplatz an den Drissel an der 61er Buslinie auf dem Westplateau gegen Bottmingen. Es wäre zu überlegen, ob man den bestehenden Rasen nutzen könnte oder provisorisch für die Übergangszeit einen Kunstrasen verlegt. Zudem könnte man allenfalls einen provisorischen Mannschafts- und Umziehcontainer dorthin stellen und eine Maschendrahtzaunabsperrung gegen die Strasse errichten als Schutz für Kinder, die auf die Strasse rennen oder auch Speere oder Bälle, die auf die Strasse fliegen könnten. Es hat wenige unmittelbare Anwohner dort oben, die betroffen wären. Es gäbe auch einige wenige Parkmöglichkeiten. Der Platz liegt seines Erachtens optimal in der Verlängerung des Sportplatzes Spiegelfeld an der Benkenstrasse mit der bestehenden Buslinie. Das wäre aus Sicht seiner Fraktion einen Versuch wert.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP dankt für den Input als Ergänzung zum Postulat. Er kann den Anwesenden sagen, dass er in den letzten Jahren dafür kämpfte, dass es zusätzliche Sportplätze gibt. Es gibt triftige Gründe, warum man noch nicht weiter ist. Der Gemeinderat musste Prioritäten setzen, Schule usw. Es wurden hier im Saal Ideen geäussert, die von der Gemeinde geprüft wurden. Zum letzten Beispiel von Thomas Hafner erklärt der zuständige Gemeinderat, dass der Drissel nicht der Gemeinde gehöre. Das ist Privatgrund. Die Gemeinde kann hier nicht machen, was sie möchte. Der Besitzer hat verlangt, dass der Platz offen bleibt, damit Familien und Kinder sich dort bewegen können. Er hat zugestanden, dass der Sportclub Binningen zweimal in der Woche von 17 – 19 Uhr mit Junioren dort oben trainieren darf. Das gibt jedes Mal riesige Diskussionen. Der Trainier ist verpflichtet, dass er einen Ausweis mitführt auf welchem steht, dass die Bewilligung vorhanden ist, dass der Sportclub von 17 – 19 Uhr trainieren darf. Denn alle Eltern, welche um diese Uhrzeit dort sind und mit ihren Kindern spielen möchten, stehen vor dem Problem, dass sie gehen sollen. Das ist nicht immer eine einfache Sache, die der entsprechende Trainer mit den Leuten diskutieren muss.

Es wurde erwähnt, dass mehrere Abklärungen auch grenzübergreifend mit Basel-Stadt und den Gemeinden im Leimental gemacht werden sollen. Vor drei Jahren gab es eine Sportplatzkommission. Eine Fachkommission, wie es auch andere in der RLP gibt. Sie wurde abgeschafft, weil keine andere Gemeinde damals etwas davon wissen wollte. Die eigenen Bedürfnisse wurden in den Vordergrund gestellt, geplant und umgesetzt. Der zuständige Gemeinderat findet es zudem falsch zu sagen, es seien 32 Prozent oder 45 Prozent Auswärtige. Das ist bei den anderen Gemeinden genau das Gleiche. Wenn man eine Erhebung machen würde, wie viele Binninger Spieler Handball, teilweise auch Leichtathletik aber v.a. Fussball, das ist der grösste Verein mit momentan 700 Kindern, ausserhalb der Gemeinde z.B. in Basel spielen. Sei es bei Concordia, dem FC Basel, den Black Stars oder bei wem auch immer. Das ist das Problem. Man kann nicht sagen, es dürfen nur Binninger hier spielen und die anderen werden weggeschickt. Das geht nicht. Denn auch in Binningen Ansässige bewegen sich über die Gemeindegrenze hinaus.

Sobald die Studie vorliegt, die in Auftrag gegeben wurde, wird sein Nachfolger oder seine Nachfolgerin mit einem Geschäft in den Einwohnerrat kommen und dies erklären. Dann kann man entscheiden, wie es weitergehen soll. Die Technik macht grosse Sprünge. Es gibt grosse Fortschritte von Trainingsmethoden auch auf Kunstrasen, selbst im Leichtathletikbereich. Aber der Spiegelfeldplatz kann nicht in ein Letzigrund umgebaut werden. Es reicht nicht, wenn man einfach sagt, es brauche noch Speer werfen. Man muss die entsprechenden Anlaufräume haben. Jeder, der schon einmal an einem Leichtathletikmeeting war oder es im Fernsehen gesehen hat, weiss dies ganz genau. Es sind viele Probleme, die zusammenkommen. Die in Auftrag gegebene Studie ist GESAK. Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den anderen Gemeinden führt der Votant aus, dass der Kanton am 31. Mai eine Netzwerktagung zur gemeindegrenzenübergreifenden Vernetzung der Vereine durchführt. Dort sollen auch Ideen ausgetauscht werden, wo es möglich wäre, dass die eine oder andere Gemeinde zusammen etwas bewerkstelligen und was es dazu brauchen würde. Es geht einiges. Er bittet die Ratsmitglieder auch in Zukunft zu bedenken, dass man in Binningen einfach nicht die Möglichkeiten hat, so extrem auszubauen. Auf den bestehenden Anlagen muss man das Beste rausholen.

Marco Giani, FDP findet es sehr wichtig, dass man kurz- und auch langfristig Lösungen findet, um die Infrastruktur für Sport und Freizeit in Binningen auszubauen. Er möchte das Votum von Beatrice Büschlen hinsichtlich der Mädchen aufnehmen. Der Sportclub Binningen ist davon auch extrem betroffen. Vor drei, vier Jahren gab es noch gar keine Mädchenmannschaften. Ab nächstem Sommer wird es die vierte Mannschaft geben und die Nachfrage nimmt zu. Man kann natürlich einerseits sagen, man solle keine Mädchen mehr aufnehmen. Es gebe ja sowieso keinen Platz. Dieser Meinung ist der Votant überhaupt nicht. Man hat nun jahrzehntelang den Jungs ermöglicht, dass sie Fussball spielen und ihrem Hobby nachgehen können. Jetzt kommen die Mädchen und solange der Redner beim SC Binningen Verantwortlichkeit hat, ist er der Meinung, auch die Mädchen sollen dem Hobby nachgehen dürfen. Dann sind halt im Moment anstatt zwei, sechs Mannschaften auf dem Feld. Das sollte seines Erachtens kein Argument sein, um zu sagen, man solle keine Kinder mehr aufnehmen. Das wäre das falsche Zeichen, wenn Kinder nicht mehr ihrem Hobby nachgehen dürften, explizit auch Mädchen, da dort die Nachfrage steigt und auch noch weiter steigen wird.

Es wurden viele gute Ideen genannt, die unterstützenswert sind. Vielleicht müsste man auch in Betracht ziehen, dass es in Binningen kein Land mehr gibt, auf dem man eine Sportanlage bauen könnte, ausser in den Jucharten. Es tönt vielleicht unsexy, ist möglicherweise langwierig und mit viel Aufwand verbunden, aber es wurden auch schon Umzonungen in anderen Gemeinden gemacht. Klar kann man so nicht von heute auf morgen eine Sportanlage errichten. Aber vielleicht ist man in 30 Jahren froh, wenn man noch ein Plätzchen hätte, das umgezont wurde, auf dem man etwas für die Kinder bauen kann. Respektive es sind nicht nur die Kinder, sondern auch die älteren Leute werden immer älter. Auch die Nachfrage nach einem durchgängigen Angebot wird von Jahr zu Jahr wachsen. Dass man auch im fortgeschrittenen Alter noch Sport machen kann, egal welcher Art, ob Leichtathletik, Fussball oder etwas Anderes. Es ist dem Votanten ein generelles Anliegen. Er spricht hier nicht nur für den Fussball. Er hat auch Kontakt zu anderen Vereinen und wird dies auch weiterhin unterstützen.

Thomas Häfele, FDP greift das Votum des zuständigen Gemeinderats auf, der gesagt hat, dass vermutlich eine ähnlich grosse Anzahl Kinder aus Binningen in anderen Gemeinden Sport betreiben würden wie umgekehrt. Der Redner möchte dies am Beispiel des Fussballs in Frage stellen. Es wurden Concordia und die Stadt Basel erwähnt. Concordia, OB und der FCB sind sehr selektiv in der Aufnahme von Kindern. Sie nehmen nur die besten Talente. Alle anderen Kinder in Basel-Stadt, die Fussball spielen möchten, finden oft in der Stadt keinen Platz, weil die Aufnahmekriterien und die Plätze bei diesen Mannschaften sehr beschränkt sind. Der SC Binningen hat bis anhin jedem Kind, das Fussball spielen wollte, einen Platz angeboten. Entsprechend ist der Verein wahnsinnig stark gewachsen und ist mittlerweile einer der grössten Sportvereine der Schweiz. Ein Grund, weshalb der Votant das Postulat eingereicht hat war, weil Binningen im letzten Herbst einen Aufnahmestopp verhängen musste und zwar nicht, weil man zu wenige Trainer hatte, sondern weil es zu wenige Trainingsmöglichkeiten gab. Es gibt einfach zu wenige Plätze. Der Postulant findet es schön, dass der SCB und vielleicht auch andere Binninger Sportvereine die Prämisse haben, jedem Kind eine Sportbetätigungsmöglichkeit zu bieten. Dadurch, dass eine grössere Anzahl Kinder aus anderen Gemeinden, z.B. Basel, wo es Concordia, OB und den FCB gibt, nach Binningen kommen, könnte man seiner Ansicht nach auch Basel-Stadt um Unterstützung anfragen.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP hat es Thomas Häfele bereits persönlich gesagt. Diese Gespräche werden geführt. Er weiss nicht, woher die Zweifel kommen. Binningen hat sogar gute Beziehungen zum Sportamt Basel-Stadt. Es gab schon x Telefonate vom zuständigen Abteilungsleiter. Es ist nämlich ein guter Kollege von ihm. Er weiss genau, was in Basel läuft. Er möchte es beim Fussball nicht zu hoch gewichten, aber der Redner weiss, dass Thomas Häfele in Bezug auf den FC Basel recht hat. Sie wollen Talente und holen Talente in allen umliegenden Vereinen und wollen sie fördern. Aber umgekehrt geben sie auch entsprechende Spieler ab an Binningen. Das muss man auch sehen. Wenn Thomas Häfele dem Votanten resp. dem SCB-Präsidenten Marco Giani Leute bringt, die am Mittwochnachmittag 100 Kinder auf dem Spiegelfeld betreuen, sofort. Jemand hat das gemacht. Es braucht aber immer noch Hilfspersonen dazu. Es sind jeweils zwischen 80 und 90 Kinder, die sich dort austoben können. Sie sind alle auf

einer Warteliste und können im Verein gar nicht aufgenommen werden. Das sind die Probleme. Es gibt einfach zu wenige Plätze. Man kommt nicht darum herum, dass es zusätzliche Plätze braucht. Das ist schon lange, schon vor 30 Jahren, ein Thema. Damals gab es Proteste und vieles mehr. Der Protest wurde dort oben von jenen eingeläutet, die im Sommer jedes Wochenende ihre Familiengärten besuchen, Feste machen usw. Von dieser Seite kam die grosse Gegenstimme. Darüber hat sich der zuständige Gemeinderat nochmals gut erkundigt. Es ist nicht so einfach. Es gibt eine Zone, die OeW mit der Zusatzbezeichnung Sportzone. Man muss sich halt überlegen, ob man dort in Zukunft etwas machen kann oder nicht.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP erläutert, das Problem habe es schon vor 20 Jahren gegeben, als der SC Binningen einen Aufnahmestopp machen musste. Ihre Jungs haben damals beim FC Telegraph trainiert. Die haben eine neue Juniorenmannschaft aufgemacht, wo auch ihr Mann trainiert hat. Sie hatte damals ein grösseres Auto mit mehr Sitzplätzen und hat Kollegen vom SC Binningen mitgenommen. Diese durften bis es in Binningen wieder Platz gab mit auf den Bachgraben. Die Rednerin könnte sich vorstellen, dass es auch jetzt viele Väter gibt, die an einem anderen Ort Fussball trainieren. Sie könnten vielleicht den einen oder anderen vorübergehend, bis sich die Situation etwas gebessert hat, mitnehmen. Sei es in den St. Jakob oder auf den Bachgraben. Dort gibt es viele kleinere Vereine, die nicht so hohe Ansprüche an das Können der jungen Fussballer haben, die dann eben nicht aufgenommen werden z.B. beim FC Basel oder bei Concordia. Sie denkt, das könnte man sich einmal anschauen. Aber es sind alle gefragt. Es wäre vielleicht auch einmal einen Artikel im Binninger Anzeiger wert, wo man dazu aufrufen könnte oder der Fussballclub oder die anderen Sportvereine machen es direkt. Dies einfach als Tipp, wie es auch schon gegangen ist.

Thomas Schwarb, Grüne/EVP stellt um 22.05 Uhr einen Ordnungsantrag. Er bittet darum, über die Überweisung abzustimmen.

ABSTIMMUNG

Ordnungsantrag: Schliessung der Rednerliste: Einstimmig JA (Abstimmung 10)

://: Der Ordnungsantrag auf Schliessung der Rednerliste wird gutgeheissen.

Überweisung Postulat: Einstimmig JA (Abstimmung 11)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 5

Diversa

Einwohnerratspräsident Roman Oberli, SVP weist nochmals darauf hin, dass man sich noch bis am Freitag für den Einwohnerratsausflug anmelden kann. Damit schliesst er die Sitzung um 22.10 Uhr und dankt allen für ihr Kommen.

ER-Sitzung vom 13. Mai 2024

			Gesch. Nr. 37/38							Gesch. Nr. 122	Gesch. Nr. 187	
Nr.	Name	Fraktion	§ 41/41a GO: Antrag SVP: Schuldenverbot (JA) vs. Vorschlag SpezKo (NEIN)	Genehmigung Gemeindeordnung	Inkraftsetzung teilrevidierte Gemeindeordnung per 01.01.2025	Genehmigung Finanzreglement	Inkraftsetzung teilrevidiertes Finanzreglement per 01.01.2025	Erfahrungsbericht zur Aufteilung der GRPK	Auflösung SpezKo Immobilien-Strategie	Rückweisung an den Gemeinderat	Ordnungsantrag: Schliessung der Rednerliste	Überweisung Postulat
1	Bertschi	EVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
2	Büschen	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
3	Glaser A.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
4	Glaser K.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
5	Glaser P.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
6	Hauri S.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
7	Hauri U.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
8	Schwarb	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
9	Sutter Rehmann	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
10	Abt	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
11	Bräunlich	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
12	Büchelín	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
13	Lempert	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
14	Müller	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
15	Noack	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
16	Schellenberg	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Ja
17	Strondl	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
18	Vanoncini	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
19	Amacker	Mitte	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
20	Eldridge	GLP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
21	Hafner	Mitte	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
22	Heim	Mitte	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
23	Behrends	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
24	Frauchiger	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
25	Giani	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
26	Häfele	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
27	Inäbnit S.	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
28	Lancashire	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
29	Maier	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
30	Schinzél	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja
31	Schori	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
32	Setz	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
33	Treuthardt	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
34	Kremo	SVP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
35	Marti	SVP	Not voted	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
36	Oberli	SVP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
37	Schmid Fabini	SVP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
38	Siegel	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
39	Steffen	SVP	Ja	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
40	Widmer	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
TOTAL												
Ja			4	28	28	28	28	33	32	16	32	33
Nein			28	5	5	5	5	0	0	16	0	0
Enthaltungen			0	0	0	0	0	0	1	1	0	0
			32	33	33	33	33	33	33	33	32	33